ITDZ BERLIN

SPLITTER

IT-Nachrichten für die Berliner Verwaltung

Nr. 1/2016

Schwerpunktthema:
IT-Konsolidierung (ab S. 4)

Storage-Beschaffung ohne Ausschreibung (S. 24)

Anzahl erfolgreicher Cyber-Angriffe steigt (S. 31)

Editorial

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Branche der öffentlichen IT-Dienstleister ist in Bewegung. Die Anforderungen an Sicherheit und Verfügbarkeit wachsen, die Budgets der Verwaltung steigen oftmals nicht im gleichen Maße und der demografische Wandel macht die Suche nach Fachkräften schwieriger. Die öffentlichen IT-Dienstleister müssen sich anpassen, um auf lange Sicht zukunftssicher und kundenorientiert arbeiten zu können.

Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die „IT-Konsolidierung" – das Schwerpunktthema dieser SPLITTER-Ausgabe. In Berlin hat der Rechnungshof einen Konsolidierungsbedarf in der heterogenen Serverlandschaft der Berliner Verwaltung festgestellt. Von den rund 5.000 Servern laufen erst 1.100 in den beiden Rechenzentren des ITDZ Berlin. Um diese Zahl zu erhöhen und das Einsparpotenzial bei jeder neuen Serverbeschaffung zu ermitteln, wurde ein detailliertes Prüfverfahren verabredet (Seite 4).

Einen Trend zur Zentralisierung der öffentlichen IT hat die Beraterfirma msg in ihrer Branchenstudie zu „IT-Dienstleistungszentren (IT-DLZ)" ermittelt. Spezielles Knowhow, hochqualifiziertes Fachpersonal und ein Plus an IT-Sicherheit sind die Vorteile, die konsolidierte IT-DLZ bieten können. In der Studie werden die Konsequenzen für Behörden, die sich als Kunden positionieren und IT-DLZ, die sich als Dienstleister verstehen müssen, thematisiert (Seite 7).

Auf Bundesebene gibt es Beispiele aus jüngster Zeit, wie eine Konsolidierung der IT-Dienstleister vor allem Energie spart und damit zur Erreichung von Klimazielen beiträgt. Beispiele aus der Bundesagentur für Arbeit (Seite 11) und dem Anfang dieses Jahres neugegründeten „Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund)" (Seite 22) verdeutlichen diesen Trend.

Auf kommunaler Ebene sind Effizienzsteigerungen im IT-Bereich ebenso gefragt wie in anderen Verwaltungen. Beispiele aus Baden-Württemberg (Seite 15) und Nordrhein-Westfalen (Seite 17) stellen die dortigen Kooperations- und Fusionsstrategien vor.

Eine angenehme Lektüre wünscht Ihnen

Daniel Kämpfe-Fehrle
SPLITTER-Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt: IT-Konsolidierung	4	Einsparpotenzial in Millionenhöhe: Berlin auf dem Weg zur Serverkonsolidierung
	7	Zentralisierung der IT: Studie zu IT-Dienstleistungszentren in der öffentlichen Verwaltung
	11	Rechenzentrums-Konsolidierung spart nicht nur Energie: IT-Dienstleister der Bundesagentur für Arbeit schaffte dezentrale IT-Landschaft ab
	15	Relevante Synergieeffekte: William Schmitt (KIVBF) im Gespräch über die Fusion der in Vitako organisierten IT-Häuser in Baden-Württemberg
	17	Blick auf die Anwender behalten: Kommunale IT-Kooperationen in Nordrhein-Westfalen
	21	Sachsen: Leistungsfähiger IT-Dienstleister
	22	Bund bündelt IT-Kompetenzen
	23	Saarland: Landesamt IT-Dienstleistungszentrum
SPLITTER für die Verwaltung	24	Storage-Beschaffung ohne Ausschreibung: ITDZ Berlin schließt Rahmenvertrag für NetApp-Produkte
	26	Leitfaden zu Energieeffizienz in Rechenzentren
	27	E-Government-Nutzung kommt nur schleppend voran
	28	61 Prozent der Unternehmen in Deutschland legen Wert auf E-Government
SPLITTER für moderne Bürgerdienste	29	Erstmals mehr als eine Million Beschäftigte in der ITK-Branche
	31	Anzahl erfolgreicher Cyber-Angriffe steigt
	32	Vor 20 Jahren im SPLITTER: CeBIT HOME kommt zum richtigen Zeitpunkt
	32	Ausblick

Impressum

SPLITTER-Ausgabe 1/2016, 26. Jahrgang

Herausgeber: IT-Dienstleistungszentrum Berlin, Berliner Straße 112-115, 10713 Berlin
Telefon: 030 / 90 222-0, Fax: 030 / 90 222-3112, E-Mail: post@itdz-berlin.de
Internet: www.itdz-berlin.de und im Intranet: www.itdz.verwalt-berlin.de
V.i.S.d.P.: Ines Fiedler

Redaktion: IT-Dienstleistungszentrum Berlin, Unternehmenskommunikation
Daniel Kämpfe-Fehrle: Tel.: 030 / 90 222-3248, E-Mail: daniel.kaempfe-fehrle@itdz-berlin.de
„LPD“ kennzeichnet Mitteilungen des Landespressedienstes Berlin, „PR“ sonstige Pressemitteilungen

Gestaltung: construktiv GmbH

Satz: IT-Dienstleistungszentrum Berlin, Unternehmenskommunikation, Daniel Kämpfe-Fehrle

Druck: IT-Dienstleistungszentrum Berlin, Druckzentrum

Auflage: 2.000 Exemplare

Abonnement: Der SPLITTER erscheint vier Mal pro Jahr. Sie können ihn kostenfrei abonnieren auf unserer Internetseite www.itdz-berlin.de oder Intranetseite www.itdz.verwalt-berlin.de (unter Services/Publikationen). Es gibt auch die Möglichkeit eines E-Mail-Abonnements. Adressänderungen und Abbestellungen können Sie gerne der Redaktion mitteilen.

Fotonachweis: Bitkom e.V. (S. 27), meryll/Fotolia.com (Titel, S. 25), envfx/Fotolia.com (Titel, S. 5, 26), J.M./Fotolia.com (Titel), Jörg Hackemann/Fotolia.com (S. 23), Stefan Yang/Fotolia.com (S. 22), Thinkstock/DigitalVision/Digital Vision. (S. 30), Thinkstock/Fuse (S. 10), Thinkstock/iStock/anyaberkut (S. 8), Thinkstock/iStock/Grassetto (S. 14), Thinkstock/iStock/Shivendu Jauhari (S. 6), Thinkstock/iStock/weerapatkiatdumrong (Titel, S. 31), Thinkstock/iStock Editorial/FredoLealGuerrero (S. 12), Thinkstock/Zoonar/Zoonar RF (S. 18), Tim Friedrich/Fotolia.com (S. 13)

Berlin auf dem Weg zur Serverkonsolidierung

Einsparpotenzial in Millionenhöhe

Von Thomas Feike, Senior Produktmanager im ITDZ Berlin

Die Einsparpotenziale durch eine landesweite Konsolidierung der Serverlandschaft haben dieses Thema bereits vor Jahren auf Berlins politische Agenda gehoben. Wie kann das strategische Ziel praxisgerecht umgesetzt werden? Welche Voraussetzungen für eine Zentralisierung sind bereits geschaffen? Und wie kann transparent gemacht werden, ob und wie viel eine Dienststelle dabei tatsächlich einspart?

Eine Arbeitsgruppe des Landes hat hierzu ein Vorgehen entwickelt. Die „Private Cloud für das Land Berlin" liefert zusammen mit einem webbasierten Service-Portal Voraussetzungen zur Umsetzung der Maßnahmen.

Jährliches Einsparpotenzial in Millionenhöhe

Die Berliner Verwaltung betreibt rund 5.000 Server, die aufgrund lokal gewachsener IT-Infrastrukturen heute noch in der Regel größtenteils dezentral, individuell und eigenständig durch die jeweiligen Behörden und Bezirksämter betrieben werden. Lediglich rund 1.100 dieser Systeme sind bereits in den beiden Rechenzentren des ITDZ Berlin auf zentralen Infrastrukturen konsolidiert.

„Die dezentrale Serverstruktur ist unwirtschaftlich und nicht zukunftsfähig und wird entsprechend der Vorgaben des Rechnungshofs harmonisiert." (Aus den Richtlinien der Regierungspolitik des Landes Berlin vom 20.12.2011)

Grundlage dieser Aussage ist ein Gutachten, das im Auftrag des Rechnungshofes von Berlin im Jahre 2010 erstellt wurde und den jährlichen finanziellen Aufwand durch dezentrale Serverbereitstellung mit rund 16 Millionen Euro beziffert.

Analysiert wurden dafür ca. 2.000 physische Server in der Berliner Verwaltung sowie die zugehörigen Serverräume inklusive Sicherheitstechnik und Klimatisierung. ➜

Koalitionsvereinbarung

„Der Steuerung und Konsolidierung des IT-Einsatzes in der Berliner Verwaltung kommt wegen der zu erwartenden Einsparungs- und Optimierungspotenziale eine besondere Bedeutung zu. Die vielen unterschiedlichen IT-Systeme und IT-Lösungen im Land Berlin sind zu teuer und müssen vereinheitlicht werden. [...] Die gesamtstädtische IT-Steuerung und die Vorgaben für die elektronische Verfahrensabwicklung werden in einem E-Government-Gesetz geregelt. Entsprechend den Vorgaben des Rechnungshofes wird in der Berliner Verwaltung die Serverkonsolidierung vorangetrieben."

Koalitionsvereinbarung zwischen SPD Berlin und CDU Berlin für die Legislaturperiode 2011-2016

Eine zentralisierte Serverstruktur bietet Einsparpotential bei Strom-, Wartungs- und Raumkosten

Ergebnis war, dass eine zentralisierte Serverinfrastruktur den Behörden Berlins erhebliches Einsparpotenzial bietet, unter anderem bei Strom, Wartungs- und Raumkosten.

Mit diesem Gutachten hat der Rechnungshof von Berlin ein Vorgehen erarbeitet, wie durch stärkere Zentralisierung die Serverinfrastrukturen in Zukunft wirtschaftlicher und ökologischer betrieben werden können.

Weitere Vorteile ergeben sich aus einer verbesserten Notfall- und Redundanzvorsorge, die mit der Zentralisierung geschaffen werden kann.

Die Arbeitsgruppe zur Konsolidierung des Serverbetriebs

Als Reaktion auf das Gutachten des Rechnungshofes erfolgte im September 2011 die Gründung einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe unter der Federführung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Vertreten waren vier weitere Senatsverwaltungen (Senatsverwaltungen für Justiz, für Stadtentwicklung und Umwelt, für Wirtschaft, Technologie und Forschung, für Arbeit, Integration und Frauen), drei Bezirksverwaltungen (Bezirksämter Charlottenburg-Wilmersdorf, Pankow und Steglitz-Zehlendorf) sowie das ITDZ Berlin.

Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, ein Umsetzungskonzept für die Konsolidierung des Serverbetriebes zu erarbeiten. Dazu galt es, eine Methodik zu entwickeln, die anhand belastbarer und verbindlicher Kennzahlen eine geeignete Basis für Entscheidungen zur Konsolidierung des Serverbetriebs darstellt. Dies erfolgte ab Mitte 2013. Das Ergebnis wurde 2015 dem Senat vorgelegt und beschlossen.

Kostenermittlung landesweit vereinheitlicht

Im Anschluss erhielt die Arbeitsgruppe den Auftrag zur Entwicklung eines Verfahrens zur Kostenermittlung und Wirtschaftlichkeitsberechnung. Die Herausforderung bestand darin, die hierzu im Land bestehenden unterschiedlichen Verfahren in einer gemeinsamen Methodik zu vereinheitlichen.

Alle Verwaltungen des Landes Berlin können künftig auf der Basis einer einheitlichen Wirtschaftlichkeitsberechnung ihre Infrastrukturkosten für Server (Vollkostenbetrachtung) bestimmen. Zugrunde gelegt werden dabei folgende Kostenbestandteile: ➜

- Serverraum (Fläche, Klima, Abschreibung und bauliche Unterhaltung)
- Hardware (Server und Support)
- Software (Lizenzen, Support, Wartung und Pflege)
- Personal (Eigenbetrieb und Fremdvergabe)
- Energie
- Steuerungsaufwand
- Changemanagement
- Fehlerbehebung

Einheitlicher Prozess zur Angebotseinholung

Mit dem Senatsbeschluss vom 14. April 2015 sind die Behörden des Landes verpflichtet, sich bei geplanten Neu- oder Ersatzinvestitionen von dezentral betriebenen Server- oder Speichersystemen ein Angebot des ITDZ Berlin einzuholen. Auf Basis der vereinheitlichten Berechnungsgrundlage prüfen sie, ob der Service des ITDZ Berlin wirtschaftlicher ist als der dezentrale Betrieb in der Dienststelle. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird über das Ergebnis jeder Prüfung informiert.

Hierzu hat die Arbeitsgruppe (in der neben der Senatsverwaltung für Inneres und Sport die Senatsverwaltungen für Finanzen, für Stadtentwicklung und Umwelt sowie für Wirtschaft, Technologie und Forschung, die drei Bezirksverwaltungen Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte und Steglitz-Zehlendorf sowie das ITDZ Berlin vertreten waren) einen einheitlichen Prozess zur „Angebotseinholung und -prüfung" erarbeitet. Damit wird sicherstellt, dass die Beschaffung immer nach denselben Grundsätzen erfolgen kann, sowohl für einzelne Server mit standardisierten Leistungsanforderungen als auch für komplexe Vorhaben zur Erneuerung der Serverinfrastruktur.

Technische Grundlage – Die Private Cloud für das Land Berlin

Die technische Voraussetzung zur Umsetzung der Landesstrategie zur IT-Serverkonsolidierung ist im Land Berlin vorhanden. Bereits im Jahr 2010 hat das ITDZ Berlin im Hinblick auf eine Verbesserung von Wirtschaftlichkeit, Energieeffizienz und Sicherheit mit der Erneuerung und Modernisierung seiner Rechenzentren begonnen.

Seit 2013 stellt der Landesdienstleister dem Land Berlin eine Cloud-Infrastruktur zur Verfügung, die ausreichend dimensioniert ist, um sämtliche physische Server des Landes zu virtualisieren. Es handelt sich um eine „Private Cloud", weil der Zugang aus Sicherheitsgründen ausschließlich Dienststellen vorbehalten ist, die an das Berliner Landesnetz angeschlossen sind.

Das ITDZ Berlin konsolidiert zurzeit selbst schon seine im Betrieb befindlichen Server. Als Ergebnis werden bereits 600 Server für unterschiedliche Fachverfahren auf der neuen Infrastruktur betrieben.

Die durchgängige Automatisierung und Standardisierung im Rahmen des Cloud-Computing stellt sicher, dass vorhandene Prozesse verschlankt, Ressourcen besser genutzt und damit Kosten gesenkt werden können. Des Weiteren bietet die Cloud-Infrastruktur eine ideale Basis, selbst umfangreiche Konsolidierungsprojekte kosteneffizient zu realisieren.

Kosten schnell und übersichtlich im Blick

Um den Abruf von Serverinfrastruktur – und zukünftig weiterer Services aus der Cloud – besonders einfach und komfortabel zu gestalten, ist ein anwenderfreundliches Service-Portal aufgebaut worden. Nach Einrichtung können Kunden ihre Serverkapazitäten online auswählen und per Mausklick abrufen. Diese stehen innerhalb von Stunden zur Verfügung – ohne Vergabeverfahren, ohne Vor-Ort-Installation und ohne Wartung von Hardware. Nicht mehr benötigte Kapazitäten können ebenso kurzfristig abbestellt werden. Abgerechnet wird nutzungsabhängig und tagesgenau.

Nutzer des Portals erhalten dort einen kompletten Überblick über die aktuell bereitgestellten Services sowie über die Kosten je nach Art und Umfang der abgerufenen Leistung.

Für die Dienststellen des Landes, die im Rahmen des Prozesses zur Angebotseinholung und -prüfung ihre Serverkosten mit den Preisen zum Server Hosting Service vergleichen wollen, können über ihren Portalzugang die Informationen schnell und übersichtlich abrufen.

Alle weiteren erforderlichen Dokumente zur Einrichtung und Nutzung des „Server Hosting Service" des ITDZ Berlin sind auf der Intranet-Seite des ITDZ Berlin für Behörden und Senatsverwaltungen immer aktuell abrufbar.

Mit diesem Vorgehen wird erstmals eine Vergleichbarkeit der dezentralen Infrastrukturkosten mit den Preisangeboten für das zentrale Server Hosting im ITDZ Berlin ermöglicht.

Zentralisierung der IT

Studie zu IT-Dienstleistungszentren in der öffentlichen Verwaltung

Von Werner Achtert, Leiter des Bereichs IT-Consulting Public Sector bei msg systems ag

Seit Jahren befindet sich die öffentliche Verwaltung in einem wachsenden Spannungsfeld zwischen knapper werdenden Ressourcen aufgrund sinkender Budgets, demografischem Wandel und steigenden Anforderungen an Qualität und Verfügbarkeit der Verwaltungsleistungen. In dieser Situation kommt der IT der öffentlichen Verwaltung eine besondere Rolle zu: Eine Möglichkeit zur Lösung dieser Herausforderungen ist die Konsolidierung der IT-Strukturen in IT-Dienstleistungszentren (IT-DLZ).

Im Rahmen einer Studie hat die msg systems ag gemeinsam mit Pierre Audoin Consultants (PAC) analysiert, von welchen Themen sich die öffentliche Verwaltung besonders herausgefordert fühlt, wie sich die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung und IT-Dienstleistungszentren in Deutschland derzeit gestaltet und welche Tendenzen für die Zukunft gesehen werden.

Erhebung auf Bundes- und Landesebene und in Kommunen

Für die Studie haben 111 IT-Verantwortliche in deutschen Fachbehörden auf der Ebene von Bund, Ländern und Großstädten Antworten gegeben. Diese wurden abgerundet durch Expertengespräche mit Vertretern von Ministerien, Verbänden und IT-DLZ, die vertiefende Einblicke in die Zusammenarbeit von Behörden und IT-DLZ gegeben haben.

Im Kern wird die Zentralisierung der IT aus mehreren Gründen von den Befragten positiv bewertet:

- Ein moderner IT-Betrieb erfordert spezielles Know-how, das in den einzelnen Behörden nicht mehr in der vollen Breite vorgehalten werden kann. Spezialisierte IT-Dienstleister der öffentlichen Verwaltung können technische Strukturen besser auslasten.
- Die IT-DLZ sind durch das breite Aufgabenspektrum, das sie abdecken, attraktive Arbeitgeber für qualifiziertes IT-Fachpersonal. Sie können nicht nur vielfältige IT-Aufgaben bieten, sondern eröffnen den Mitarbeitenden zudem mehr Möglichkeiten für eine Fachkarriere als dies in kleinen dezentralen IT-Organisationen möglich ist.
- IT-Sicherheit kann in den zentralen IT-DLZ leichter gewährleistet werden als von einzelnen, kleinen IT-Einheiten, da sie die entsprechenden Spezialisten beschäftigen können. Die Behörden hinterfragen gerade neue Technologien wie beispielsweise die Nutzung einer Public Cloud sehr kritisch. Um Vorbehalte abzubauen und das Vertrauen der Kunden zu gewinnen, wird es für die IT-DLZ immer wichtiger werden, das eigene Sicherheitsniveau nach anerkannten und objektiven Maßstäben nachzuweisen. Das IT-Grundschutz-Zertifikat des BSI wird hierbei eine größere Bedeutung bekommen.

„Zwar sind die Behörden mit den bisherigen Leistungen der IT-DLZ überwiegend zufrieden“, so Jürgen Fritsche, ➜

Als IT-Dienstleister müssen die IT-DLZ ihre Organisation an der Wirtschaft orientieren

Leiter Geschäftsbereich Public Sector bei msg. „Dennoch haben auch die IT-DLZ noch einige Herausforderungen vor sich: So sind sie teilweise selber noch zu stark an klassischen Behördenstrukturen ausgerichtet. Als IT-Dienstleister müssen sie ihre Organisation jedoch an vergleichbaren Dienstleistern aus der Wirtschaft orientieren. Das beginnt beim Marketing und endet bei der Verrechnung von Leistungen“, so Fritsche weiter.

Behörden müssen sich als Kunden positionieren

Viele der befragten Behörden haben bisher interne IT-Referate und sind gewohnt, diese direkt zu steuern. Die Behördenleitung hat dabei den direkten Zugriff auf die IT, Änderungen können „ad hoc“ umgesetzt werden. Eine detaillierte und verbindliche Formulierung von Anforderungen – wie sie bei der Vergabe an externe Dienstleister erforderlich ist – ist in vielen Fällen nicht vorhanden. Mit der Verlagerung von IT-Dienstleistungen auf ein IT-DLZ müssen Behörden nun ihre Vorgaben ähnlich präzisieren wie gegenüber externen Lieferanten.

IT-DLZ müssen sich als Dienstleister organisieren

Die heutigen IT-DLZ sind in vielen Fällen durch die Verlagerung der IT-Referate einzelner Behörden entstanden. Entsprechend verhalten sie sich teilweise noch wie interne IT-Referate ohne eigene strategische Ausrichtung. Sie agieren auf Anforderungen eher reaktiv, anstatt ihr Dienstleistungsportfolio aktiv zu gestalten.

Die IT-DLZ stehen dabei vor ähnlichen Herausforderungen wie vergleichbare ausgegründete IT-Dienstleister in der Wirtschaft: Ihre „Gesellschafter“ – in diesem Fall Bund, Länder oder Kommunen – sind gleichzeitig ihre Kunden. Damit existiert in vielen Fällen ein Zielkonflikt zwischen den Vorgaben der „Gesellschafter“, beispielsweise der Reduzierung von Kosten, und den Erwartungen der Kunden, beispielsweise möglichst individuellen Leistungen für jede Behörde.

IT-DLZ müssen ihre Beratungskompetenz stärken

Bei der Untersuchung der aktuellen und geplanten Verlagerung von Aufgaben der Behörden auf die IT-DLZ fällt auf, dass technische und methodische Beratung im Moment vor allem beim ➜

Behörden als Nachfrager	IT-DLZ als Anbieter

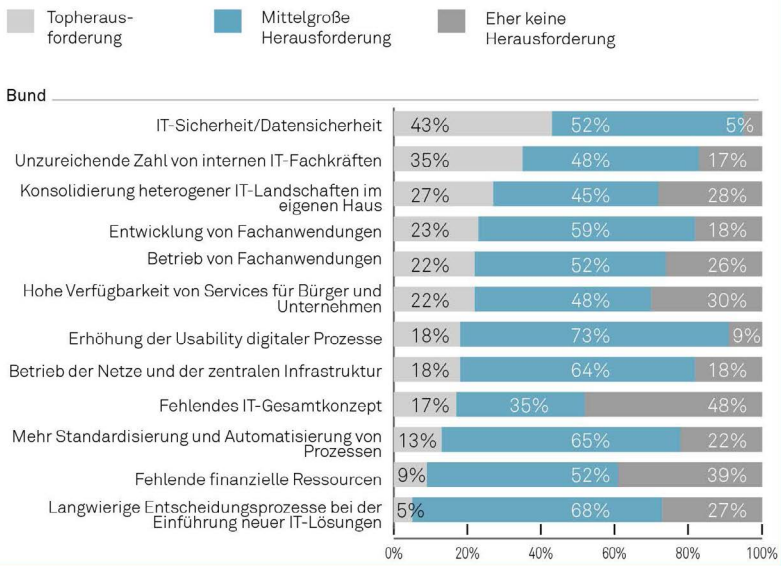
- Worin bestehen aktuell die wesentlichen fachlichen Herausforderungen der Behörden?
- Vor welchen IT-Herausforderungen stehen die Behörden in den kommenden zwei Jahren?
- Welche Leistungen werden derzeit und zukünftig auf IT-DLZ verlagert?
- Welche Ziele werden mit der Verlagerung verfolgt und werden diese von den IT-DLZ erfüllt?
- Welche Faktoren erschweren die Verlagerung von IT-Leistungen auf ein IT-DLZ?

Fragestellungen der Studie

Fehlendes Fachpersonal	**Im Hinblick auf fehlendes Fachpersonal sind demografische Entwicklungen, aber auch die Gehaltsstrukturen im öffentlichen Sektor problematisch.** Lothar Fehn Krestas, Abteilungsleiter im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Einführung der elektronischen Aktenführung und Vorgangsbearbeitung	**Die Einführung der E-Akte ist unbestritten eine Herausforderung, aber auch ein Teil der Lösung für den Fachkräftemangel.** Hartmut Beuß, CIO des Landes NRW
Umsetzung von sich rasch wandelnden politischen Entscheidungen	**Die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben stellt uns vor große Herausforderungen, nicht zuletzt, da diese oft sehr kurzfristig konkretisiert werden und eine Stadt wie München ein sehr breites Spektrum an IT-Services anbietet.** Thomas Naefe, it@M München

Fachliche Top-Herausforderungen der Behörden

Welches sind in den kommenden zwei Jahren die wichtigsten Herausforderungen für die IT in Ihrem Haus?



Technische Herausforderungen der Behörden

Bund und den Ländern in hohem Maß von anderen externen Partnern und weniger von IT-DLZ wahrgenommen werden. Gleichzeitig sehen viele Behörden einen hohen Bedarf an Beratung in den nächsten zwei Jahren. Aktuell bieten die IT-DLZ kaum Beratungsdienstleistungen an und überlassen dieses Feld in weiten Teilen den Dienstleistern aus der privaten Wirtschaft. Damit besteht das Risiko, dass die IT-DLZ in die Konzeption neuer Fachverfahren und IT-Infrastrukturen nicht ausreichend eingebunden werden. Dies erschwert die Durchsetzung technischer und methodischer Standards sowie standardisierter Dienstleistungsangebote. Die IT-DLZ sollten daher die technische und methodische Beratung in ihr Leistungsportfolio aufnehmen und ihre Beratungskompetenz gezielt ausbauen.

IT-DLZ müssen ihre Wirtschaftlichkeit nachweisen

Die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ist eines der zentralen Argumente für die Verlagerung von IT-Aufgaben in IT-DLZ. Durch Bündelung und stärkere Standardisierung sollen sowohl die Qualität der IT-Services erhöht als auch die Kosten reduziert werden.

Eine realistische Bewertung der Wirtschaftlichkeit der heutigen IT-Strukturen erscheint derzeit jedoch kaum möglich. Die IT-Kosten sind momentan sehr kleinteilig verteilt auf eine Vielzahl von Behörden. Zwar gibt es eigene Haushaltstitel für IT-Kosten, doch diese erfassen längst nicht alle Aufwände für die IT. Gerade bei der Entwicklung und Betreuung von Fachanwendungen werden Aufwände der Fachabteilungen häufig nicht vollständig erfasst. Insgesamt ist eine realistische Angabe von IT-Kosten mit Berücksichtigung aller Aufwände in vielen Behörden nicht möglich und manchmal vielleicht auch nicht gewollt. Dies zeigt sich deutlich, wenn im ➜

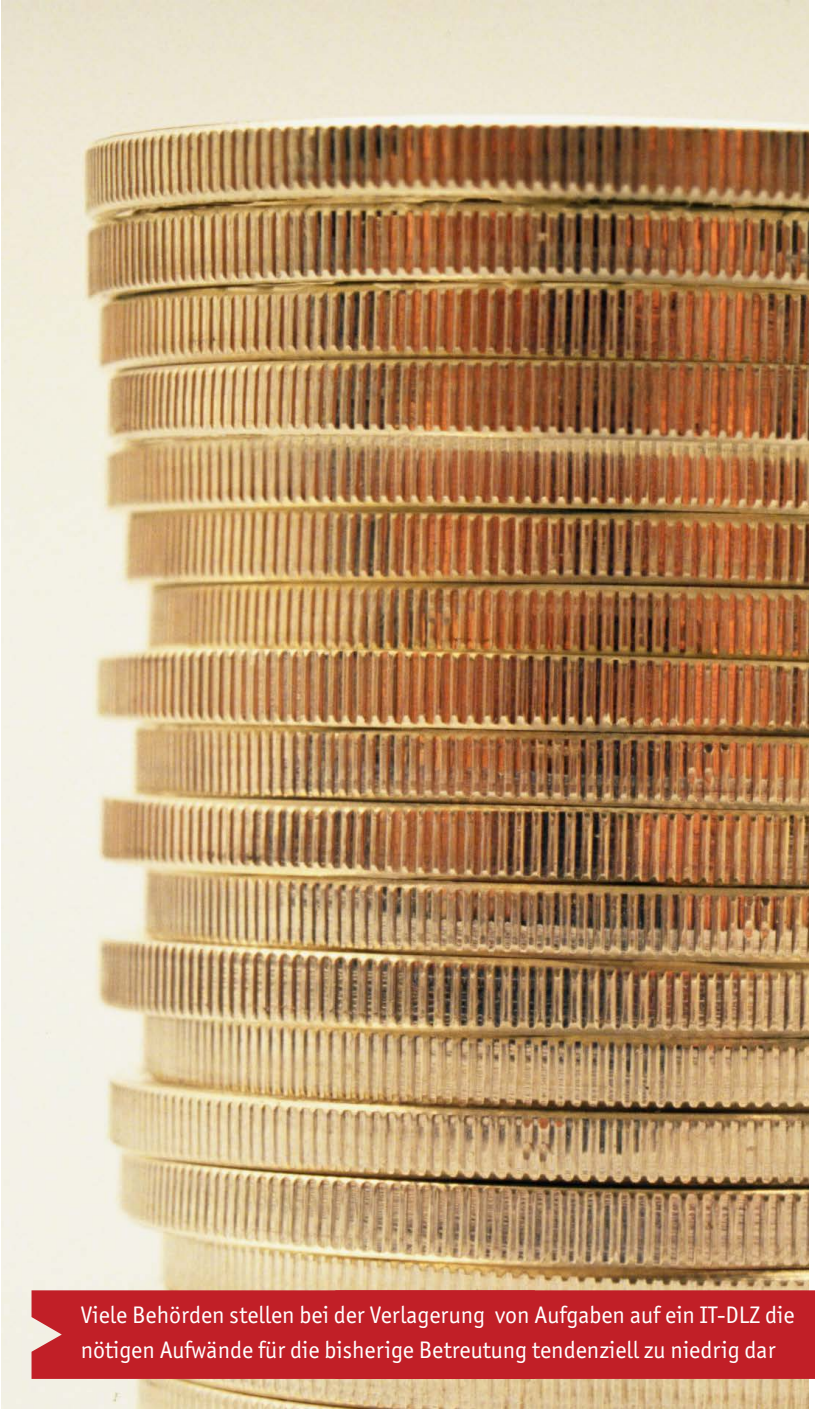
Rahmen der Verlagerung von IT-Aufgaben über die Abgabe von Stellen verhandelt wird. Viele Behörden versuchen bei der Verlagerung von Aufgaben auf ein IT-DLZ, möglichst wenige Stellen abzugeben, und stellen die nötigen Aufwände für die bisherige Betreuung tendenziell zu niedrig dar.

Um die Wirtschaftlichkeit der Verlagerung von IT-Aufgaben auf IT-DLZ IT wirklich bewerten zu können, sind in den Behörden und den IT-DLZ folgende Voraussetzungen erforderlich:

- Im Rahmen der IT-Governance muss der erwartete Wertbeitrag der IT zur Aufgabenerfüllung, zum Beispiel einer Behörde, festgelegt werden.
- Die Ziele für die IT müssen durch Leistungskennzahlen messbar gemacht werden.
- Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) muss eine möglichst vollständige und verursachungsgerechte Zuordnung aller IT-Kosten und IT-Services ermöglichen.
- Für die Verrechnung von Leistungen muss ein transparentes und faires System etabliert werden. Für die Behörden muss es möglich sein, definierte Leistungen zu einem verbindlichen Preis einzukaufen. Die IT-DLZ brauchen Planungssicherheit bezüglich ihrer Einnahmen, um strategisch in ihre Infrastruktur investieren und Personal einstellen zu können.

Neben der Betrachtung der monetären Faktoren dürfen die strategischen und qualitativen Faktoren im Sinne der IT-Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nicht außer Acht gelassen werden. Ergänzend zur Senkung von IT-Kosten beziehungsweise der Verbesserung der IT-Services kann es durchaus auch strategische Gründe für die Konsolidierung der IT geben, um beispielsweise die Steuerungsfähigkeit in einem Ressort zu optimieren. Langfristig wird sich die Wirtschaftlichkeit der IT-DLZ nur durch mehr Wettbewerb zwischen den öffentlichen IT-Dienstleistern untereinander und mit privaten IT-Dienstleistern verbessern.

Die Ergebnisse aus Befragung und Gesprächen zeigen, dass die Konsolidierung der IT und die Entwicklung der IT-DLZ noch lange nicht abgeschlossen sind. Die vollständigen Studienergebnisse sind hier verfügbar: www.msg-systems.com/2509.0.html



Viele Behörden stellen bei der Verlagerung von Aufgaben auf ein IT-DLZ die nötigen Aufwände für die bisherige Betreutung tendenziell zu niedrig dar

Rechenzentrums-Konsolidierung spart nicht nur Energie

IT-Dienstleister der Bundesagentur für Arbeit schaffte dezentrale IT-Landschaft ab

Von Stefan Schrader, Leiter des Geschäftsbereichs IT-Infrastruktur und Beschaffung des IT-Systemhauses der Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit hat mit ihrem Projekt „Rechenzentrums-Konsolidierung dezentral" die Green-IT-Vorgaben der Bundesregierung übererfüllt. Der Energieverbrauch wurde bis 2013 fast halbiert und 2015 auf 44 Prozent reduziert.

Mit dem Projekt Rechenzentrums-Konsolidierung dezentral hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die Anzahl von 200 dezentralen Rechenzentren (RZ) wurde auf elf regionale Rechenzentren verringert und dadurch der Gesamtenergieverbrauch deutlich reduziert. Wozu dieser große Aufwand? Die BA hatte sich verpflichtet, das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2013 mindestens 40 Prozent des IT-Energieverbrauchs aller Bundesbehörden einzusparen, aktiv zu unterstützen. Grundlage für die Berechnung ist der Basiswert mit einem Energieverbrauch von 208 GWh im Jahr 2009. Das Projekt RZ-Konsolidierung dezentral der BA war entscheidend für die Erreichung dieses Ziels: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, zu dessen Geschäftsbereich die BA gehört, war 2009 mit rund 42 Prozent der mit Abstand größte IT-Energieverbraucher unter den Bundesministerien.

Ausgangssituation

Die dezentrale IT-Landschaft entsprach im Jahr 2008 nicht mehr den Ansprüchen an einen modernen, wirtschaftlichen und kundenorientierten IT-Dienstleister. Die BA verfügte über eine dezentrale, heterogene IT-Landschaft. Die IT der BA stellte für 1.600 Liegenschaften IT-Dienstleistungen wie etwa Fileservice, Sprach- und Basisdienste wie z. B. Mail- und Telefonservices bereit. Hierzu wurden 6.300 Server und 1.600 Telefonanlagen bundesweit eingesetzt.

Was wollte die BA erreichen?

Die Informationstechnik der BA strebt danach, der leistungsfähigste und wirtschaftlichste IT-Dienstleister im öffentlichen Bereich zu sein.

Im Rahmen der IT-Strategie 2015 und der Berücksichtigung von Green IT-Aspekten hatte die RZ-Konsolidierung dezentral die Aufgabe, alte Strukturen aufzubrechen und den ganzheitlichen Ansatz der IT-Strategie 2015 in den beteiligten Projekten umzusetzen. Durch die konsequente Konsolidierung und Zentralisierung im Projekt konnten dezentrale Energieeinsparpotentiale von 40 GWh jährlich bis 2013 erschlossen werden.

Die IT begann bei einer energieeffizienten Basisinfrastruktur, die auf moderne Schrankklimatisierung, hocheffiziente und skalierbare USV-Anlagen (unterbrechungsfreie Stromversorgung) sowie auf die Konsolidierung von Flächen und Standorten setzte. Neben der Basisinfrastruktur galt es auch, die Serverlandschaft grundlegend neu auszurichten. Bisher waren die Verfahren und Services fest mit der entsprechenden Hardware verflochten. Durch den Einsatz von Virtualisierungstechnologien fand eine Trennung zwischen den Verfahren/Services und der Hardware statt. Dies ➜

200 dezentrale Rechenzentren der Bundesagentur für Arbeit wurden auf elf regionale Rechenzentren reduziert

ermöglicht eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Serverkapazitäten und gewährleistet einen flexiblen und sparsamen Einsatz von Ressourcen. Neben der Anpassung der Verfahren und der Konsolidierung der Rechenzentren und Server wurde auch die Weiterentwicklung des IT-Arbeitsplatzes den Green IT-Aspekten unterworfen.

Die Rechenzentren: Energiesparpotenziale satt

Grundlage der RZ-Strategie der BA war eine fortschreitende zentrale Bereitstellung der IT-Verfahren, IT-Basisdienste und Datenhaltung unter Berücksichtigung der Sicherstellung eines wirtschaftlichen und energieeffizienten IT-Betriebes. Während der gesamten Projektdauer musste die Absicherung des laufenden IT-Betriebs gewährleistet sein.

Folgende Phasen der RZ-Konsolidierung wurden durchgeführt:

- **Bereitstellung von elf regionalen Rechenzentren:** Koordination und Planung des Aufbaus einer bedarfsgerechten IT-Basisinfrastruktur in den regionalen RZ (Modernisierung bestehender dezentraler RZ). Diese werden energieeffizient (Einsatz freier Kühlung, Betrieb von USV-Systemen mit einem Wirkungsgrad > 95 Prozent) und mit einem hohen Sicherheitsniveau betrieben. Der Energieverbrauch an diesen Standorten wird laufend gemessen.
- **Hardware-Austausch/Ersatzbedarf:** Konsolidierung der Anzahl der Domain Controller von 500 auf 200 Stück. Einführung von sogenannten LocalCachePoint-Plus (LCP-Plus) als Ersatz für die Geschäftsstellen-Fileserver. Diese LCP-Plus dienen zusätzlich als Hardware-Basis für die Softwareversorgung in den Geschäftsstellen und Auslagerungen.
- **Serverkonsolidierung Stufe 1:** Automatisierung der täglichen Sicherungen in Geschäftsstellen und Auslagerungen. Entfall von 1.500 LTO-Laufwerken und Entlastung der Mitarbeiter vor Ort von täglichen Sicherungsroutinen.
- **Serverkonsolidierung Stufe 2:** Konsolidierung der Server-Hardware in den Hauptagenturen, u. a. Konsolidierung aller DomainController von 200 auf 44 in den regionalen RZ. Konsolidierung von 200 dezidierten Applikations-Servern und Austausch der Hauptagentur-File-Server und deren →

Integration in das zentrale Sicherungskonzept.

- **Kommunikationsnetz der BA – Next Generation Network (Wide Area Network):** Bereitstellung eines modernen, skalierbaren Weitverkehrsnetzes. Die Umstellung erfolgte auf eine neue gemeinsame IP-Kommunikationsplattform für die verschiedenen IT-Services wie IT-Transport-Services (Daten/Sprache), IP-Voice-Services (Telefondienst) und Mobile-Services (Konvergenz der Netze).
- **Kommunikationsnetz der BA – VoIP:** Bereitstellung zukunftssicherer Sprachdienste – Umstellung der Telefonie- und Sprachdienste auf Voice over IP-Technologie („KomBA-NGN_VoIP-Sprache"). Mit dem Abbau der nicht mehr benötigten 1.600 TK-Anlagen konnte die Raumklimatisierung in 930 IT-Räumen entfallen.
- **Softwareversorgung (Ablösung von Microsoft SMS durch Microsoft SCCM):** Bereitstellung einer modernen Software-Verteilplattform in den Geschäftsstellen und Auslagerungen auf der vorhandenen Hardware der LCP-Plus.

- **Exchange 2010:** Zentrale Bereitstellung der Maildienste-Infrastruktur. Konsolidierung von 280 dezentralen Exchange-Servern auf zentrale Server.

Erfolgsfaktoren

Alle Beteiligten hielten sich an eine einheitliche Kommunikation von Terminen, Kosten, Risiken und Projektstatus, um die Gesamtkoordination der zu erledigenden Aufgaben sicherzustellen. Darüberhinaus wurden alle Beteiligte für das gemeinsame Projektziel sensibilisiert, um eventuellen Akzeptanzproblemen entgegenzuwirken.

Eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Gesamtkoordination stellte die Standardisierung der Abläufe mit regelmäßigen Abstimmungsgesprächen dar: Ein maßgeblicher Erfolgsfaktor war die regelmäßige Berichterstattung in verschiedenen Führungsgremien.

Ohne die Unterstützung der Geschäftsführung des Koordinierungsprojekts kann Widerständen und Akzeptanzproblemen kaum wirkungsvoll begegnet werden. Entscheidend war die regelmäßige Information der Geschäftsführung über den Status aller Aktivitäten.

Das IT-Projekt RZ-Konsolidierung dezentral der BA hatte durchaus seine Tücken. Die Projektverantwortlichen mussten erkennen, dass Office-Anwendungen über das Wide Area Network (WAN) nicht mit der gewünschten Performance bereitgestellt werden konnten. Die geplante Integration der Fileservices in die Infrastruktur der regionalen RZ war somit technisch nicht realisierbar. Allerdings hatte dies keine Auswirkungen auf die ökologische Zielsetzung des Gesamtprojekts. Die BA verwendet Server, die für den Einsatz in Büroumgebungen (bis 35 Grad Celsius) geeignet sind, daher wurde das Ziel der Klimaabschaltung in den IT-Räumen der Liegenschaften trotzdem erreicht.

Die größte Herausforderung, um mehrere Phasen der RZ-Konsolidierung der dezentralen Infrastruktur zu realisieren, bildete die Bereitstellung der elf regionalen Rechenzentren.

Einsparungen in Millionenhöhe

Insgesamt wurden bundesweit Daten- und Sprachdienste, 6.300 Server und 1.600 TK-Anlagen konsolidiert. Dadurch konnten 930 Klimaanlagen und 200 USV-Systeme zurückgebaut werden. Die Gesamtenergieeinsparung gegenüber 2009 belief sich 2013 damit auf knapp 100 GWh jährlich.

Die Konsolidierung und Zentralisierung reduziert manuelle Tätigkeiten vor Ort und erhöht die Qualität und Verfügbarkeit der bereitgestellten IT-Services. Eine verbesserte Betriebsstabilität führt zusätzlich zu einer nachhaltigen Verbesserung der Anwenderzufriedenheit.

Ökologische Nachhaltigkeit

Die Kohlendioxid-Belastung der Umwelt wird durch den verminderten Energiebedarf der IT-Landschaft reduziert. Durch die Reduzierung des Energieverbrauches werden jährlich rund 57.500 Tonnen CO_2 bei der Produktion von Strom eingespart. Es verringert sich der Bedarf an Servern, Klima- und USV-Anlagen. Bereits bei der Beschaffung von neuen IT-Geräten achtet die BA auf eine ausgewogene Energiebilanz: In Ausschreibungen wird unter anderem der Energieverbrauch der neuen Geräte über den gesamten Lebenszyklus als wesentliches Bewertungskriterium einbezogen.

Auch der Einsatz von Virtualisierung hat einen bedeutenden Beitrag zur Verbrauchsreduzierung geleistet. ➜

BA-Informationstechnik – IT der Bundesagentur für Arbeit

Die IT der Bundesagentur für Arbeit gliedert sich in die Bereiche IT-Steuerung, IT-Systemhaus und regionaler IT-Service. Das IT-Systemhaus ist der operative IT-Dienstleister der BA und gliedert sich in die Bereiche Systementwicklung, IT-Produktion und IT-Anwenderservice.

Die Informationstechnik der Bundesagentur für Arbeit erbringt die komplette Rechenzentrumsleistung für 1.650 angebundene Liegenschaften. Mit rund 120 eigenen IT-Verfahren, 160.000 vernetzten PC-Arbeitsplätzen und der dazugehörigen Infrastruktur (z.B. 9.000 Server, drei zentrale und elf regionale Rechenzentren) betreibt die BA-Informationstechnik eine der größten IT-Landschaften Deutschlands und entwickelt diese ständig weiter.

Insgesamt sind bei der BA-Informationstechnik knapp 2.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Der Geschäftserfolg aller Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit sowie der Jobcenter/gemeinsamen Einrichtungen (gE) hängt unmittelbar von der Qualität der IT-Services ab. Die BA-Informationstechnik unterstützt bundesweit die Abwicklung aller wichtigen Geschäftsprozesse. Das IT-Systemhaus ist eine besondere Dienststelle und zugleich der operative IT-Dienstleister der Bundesagentur für Arbeit. Der Hauptsitz befindet sich in Nürnberg.

Die Vision der BA-Informationstechnik ist es, der leistungsfähigste und wirtschaftlichste IT-Dienstleister im öffentlichen Bereich zu sein.

www.ba-it-systemhaus.de

Im Vergleich von alter und neuer IT-Infrastruktur lässt sich feststellen: 1.700 Datenserver, 3.100 Sprachserver und 1.600 TK-Anlagen entfallen seither bei der Beschaffung. Ebenso konnte ein notwendiger Austausch der 930 Klimaanlagen und 200 USV-Anlagen vermieden werden. Sie wurden für immer abgeschaltet.

Fazit

Als Teil der Green-IT-Strategie der BA ist das Projekt RZ-Konsolidierung dezentral das wichtigste Handlungsfeld, um das vom Bund vorgegebene Ziel der 40-prozentigen Energieverbrauchsreduzierung der IT zu erreichen. Dieses Ziel wurde übererfüllt: Tatsächlich betrug die Einsparung bis zum Stichtag 30. September 2013 48,4 Prozent.

Doch die BA hat sich nicht auf ihren Lorbeeren ausgeruht: Nach dem Projekt RZ-Konsolidierung dezentral folgte das Projekt RZ-Konsolidierung zentral. Unter anderem wurde veraltete Technik erneuert, ein altes ineffektives RZ abgeschaltet und die Arbeitsplatz-Hardware auf Mini-PCs umgestellt. Lohn dieser Aktivitäten war, dass 2015 nur noch 44 Prozent des Energieverbrauchs von 2009 zu Buche geschlagen haben.

Relevante Synergieeffekte

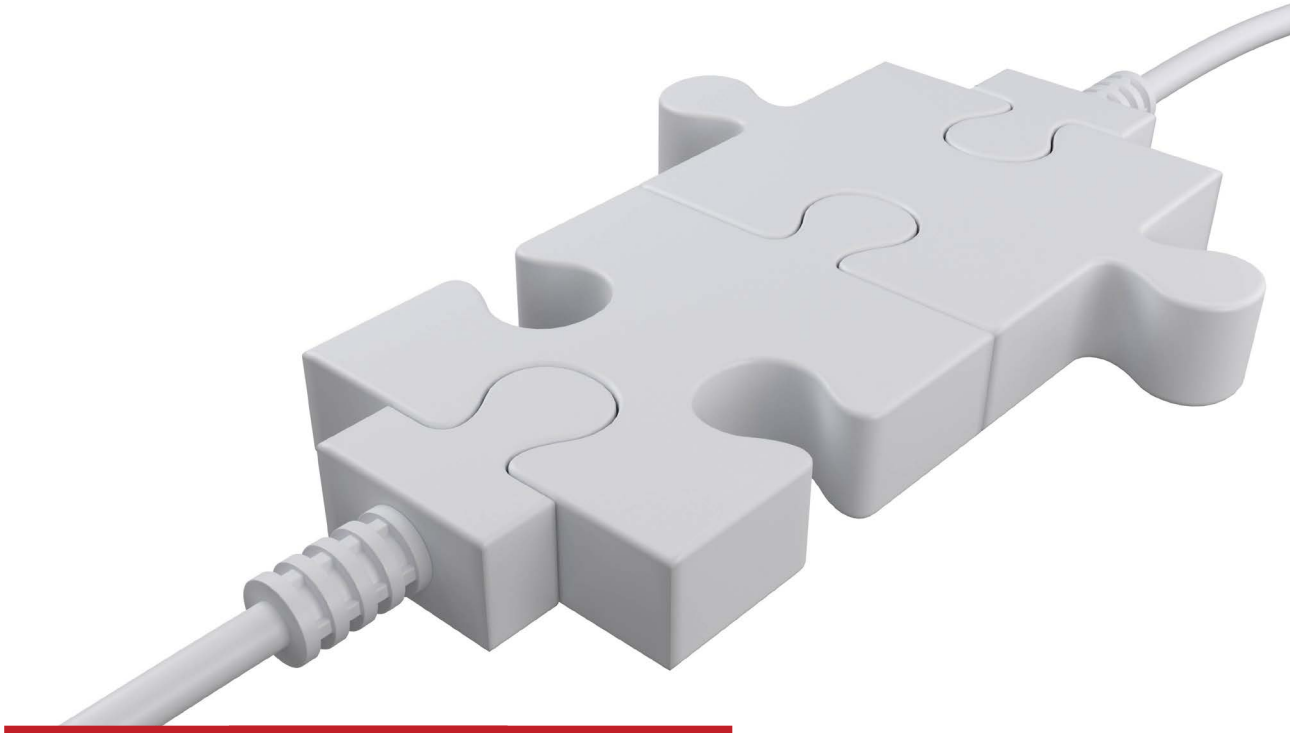
Im Gespräch: William Schmitt (KIVBF) über die Fusion der im Verband kommunaler IT-Dienstleister (Vitako) organisierten IT-Häuser in Baden-Württemberg

Herr Schmitt, in Baden-Württemberg wird gerade sehr konzentriert über eine Fusion der in Vitako organisierten kommunalen IT-Häuser nachgedacht. Was ist der Hintergrund dieser Überlegungen?
Die Datenzentrale Baden-Württemberg (DZ) und die Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF, von denen wir hier reden, arbeiten ja schon seit geraumer Zeit als Datenverarbeitungsverbund Baden-Württemberg (DVV BW) Hand in Hand, um die erforderlichen IT-Leistungen für die Kommunen und das Land sicherzustellen. Erste Überlegungen zur Intensivierung dieser Zusammenarbeit, die bislang auf der Basis von Vereinbarungen erfolgt, gab es schon seit 2010. Richtig Fahrt aufgenommen hat das Thema dann im Herbst des Jahres 2014. Unser Ziel ist es, die Datenzentrale und die Zweckverbände durch eine Fusion und Umstrukturierung des DVV BW noch enger zusammenzuführen, um unsere IT-Leistungen noch effizienter und effektiver entwickeln und anbieten zu können.

Welche Vorteile verbinden sich mit einer Fusion?
Die von den Häusern gemeinschaftlich durchgeführte Prüfung zur Ermittlung der Potenziale und Risiken eines Zusammenschlusses hat gezeigt, dass wir bei einer Vollfusion der vier Häuser sowohl in technischer Hinsicht wie auch in Bezug auf die Kosten und den Ertrag relevante Synergieeffekte erzielen können. Dabei bleibt die Betreuung der Kunden mindestens in gewohnter Qualität erhalten. Auch fusions- oder betriebsbedingte Kündigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die häufig mit solchen Umstrukturierungen einhergehen, werden von uns ausgeschlossen. Dafür haben wir sogar extra eine Beschäftigungsgarantie vorgesehen.

Welche Häuser sind davon betroffen und gibt es schon Vorstellungen darüber, wie eine Aufteilung untereinander aussehen könnte?
Wie gesagt betrifft das Vorhaben alle vier Partner des DV-Verbundes mit all ihren Tochtergesellschaften und Mehrheitsbeteiligungen. Wir reden hier von einer neuen Unternehmung, in welche die vier Häuser aufgehen und an der sich übrigens auch das Land Baden-Württemberg beteiligen will. Insofern halte ich die Frage für etwas irreführend. Es geht eben nicht um eine Aufteilung untereinander, sondern darum, die vorhandenen Stärken zu bündeln und zu fokussieren, um unsere Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit zu steigern.

In welchem Stadium befinden sich die Verhandlungen augenblicklich, und welche Hürden müssen noch überwunden werden?
Die Entwicklungen sind äußerst positiv, die Zusammenarbeit ist von gegenseitigem Vertrauen und Verständnis geprägt. Bereits Anfang 2015 haben wir für das Vorhaben ein eigenes Projekt auf den Weg gebracht. Im Lenkungsausschuss arbeiten neben den Fusionspartnern und dem Land Baden-Württemberg auch die kommunalen Spitzenverbände und die Stadt Stuttgart mit. Die Gremien in den vier Häusern sind in die Vor- ➜



Als Rechtsform für die fusionierten kommunalen IT-Dienstleister im Südwesten ist eine Anstalt öffentlichen Rechts im Gespräch

bereitungen ebenfalls mit einbezogen, und die Verbandsvorsitzenden haben die Mitglieder bereits über die anstehenden Entwicklungen informiert, so dass wir eine breite Zustimmung der Basis erwarten.

Schließlich ist dieser Entwicklungsschritt notwendig, um die gemeinsame Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern – ohne Qualitätseinbußen und unter Beibehaltung der gewohnten Kundennähe wohlgemerkt. Das kommt dann allen zu Gute kommen, zumal auch die Inhouse-Fähigkeit bezüglich der bisherigen Leistungsbeziehungen der Kommunen erhalten bleiben wird. Die konzeptionellen Vorarbeiten sind jetzt soweit gediehen, dass die Verbandsversammlungen sich in den kommenden Wochen mit der Thematik befassen und gegebenenfalls sogar schon die notwendigen Beschlüsse fassen können, um den weiteren Weg für die Fusion zu ebnen.

Welche Rechtsform soll die Organisation haben?

Es deutet stark darauf hin, dass eine Anstalt des öffentlichen Rechts am besten dazu geeignet ist, die ins Auge gefassten Ziele zu erreichen und die Interessen aller Fusionspartner angemessen und ausgewogen zu berücksichtigen. Das kann zum Beispiel aufgrund einer eigenen gesetzlichen Regelung in Anlehnung an die Kommunalanstalt gemäß GKZ-Novelle *(Novelle zum Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, Anm. d. Red.)* geschehen, die dann allerdings erst noch beschlossen im Land werden muss.

In welchem Zeithorizont ist die Umsetzung geplant?

Bis Ende 2015 werden wir die letzten konzeptionellen Vorbereitungen abgeschlossen haben, so dass 2016 die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden können. Wie schnell das passieren wird, hängt sicherlich auch von der Landtagswahl ab. Wir gehen aber davon aus, dass die notwendigen Vorarbeiten in der zweiten Jahreshälfte 2016 abgeschlossen sind, so dass dann der Weg für eine Fusion frei ist und wir 2017 mit der Realisierung des Umsetzungskonzeptes beginnen können. Im Vorgriff darauf werden wir natürlich schon auf dem Wege zur Fusion darauf schauen, nach Möglichkeit erste Synergien zu heben.

Die Fragen stellte Helmut Merschmann, Vitako. Das Interview erschien zuerst in Vitako Intern, Ausgabe 5/2015

Blick auf die Anwender behalten

Kommunale IT-Kooperationen in Nordrhein-Westfalen

Von Lars Hoppmann, Abteilungsleiter Kunden- und Projektmanagement, Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe

und Wolfgang Scherer, stellvertretender Geschäftsführer, Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe

Die kommunale IT-Landschaft in Nordrhein-Westfalen erscheint dem auswärtigen Betrachter extrem uneinheitlich, äußerst zergliedert und auch zerstritten. Im Vergleich zu anderen Bundesländern wie Bayern und Hessen, wo es nur jeweils eine Datenzentrale gibt – mit mehreren Standorten in den unterschiedlichen Landesteilen – befinden sich die Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen (NRW) oft in einem gewissen Rechtsfertigungszwang, die scheinbare Vielstimmigkeit zu erläutern.

Vergessen wird beim Blick auf das größte Bundesland, dass hier 22 kreisfreie Großstädte und 31 Kreise die Verwaltung von rund 17,7 Millionen Einwohnern organisieren – und diese Gliederung ist mit ursächlich für die Entstehung der heutigen IT-Landkarte. Denn als Anfang der 1970-er Jahre die damaligen Rechenzentren entstanden, waren es vor allem die großen Städte, die Datenverarbeitung in eigener Regie durchführten. Kreise und kreisangehörige Gemeinden haben dagegen recht früh damit begonnen, Gebietsrechenzentren gemeinsam aufzubauen. Heute sind diese flächendeckenden Datenzentralen fast immer in der Rechtsform des Zweckverbandes organisiert – von sieben dieser Selbstverwaltungskörperschaften werden heute Kreise sowie deren Städte und Gemeinden betreut, in denen etwa die Hälfte aller Rheinländer, Westfalen und Lipper lebt.

IBM-Freunde und Siemens-Fans

Bereits kurz nachdem die automatisierte Datenverarbeitung in den Rathäusern Einzug gehalten hatte, schlossen sich die Anwender von Programmen, die jeweils auf Großrechnern entweder von IBM oder Siemens liefen, in NRW zusammen. Die IBM-Freunde fanden sich in der „Arbeitsgemeinschaft kommunaler Datenzentralen" (AKD) ein, die Siemens-Fans gründeten die Anwendergemeinschaft „Kommunale Datenverarbeitung Nordrhein-Westfalen" (KDN). Arbeitsteilung bei der Programmerstellung für die unterschiedlichen Fachämter fand statt – legendär ist z. B. in Fachkreisen noch das seinerzeitige „Bochumer Verfahren" zur Personalabrechnung bei den AKD-Mitgliedern oder das „Duisburger Einwohnerwesen".

Diese Eigenprogrammierungen wurden per Umlageschlüssel finanziert. Aber die so entstandenen Lösungen sind dann im Zuge der Ablösung der Großrechner durch Client/Server-Infrastrukturen auch entbehrlich geworden, denn am Markt waren für immer neue Anwendungsgebiete in den Verwaltungen kommerzielle Anbieter entstanden. Oder man bedient sich seitdem der Programme anderer großer kommunaler Datenzentralen (z. B. aus Bayern von der AKDB), da diese im Gegensatz zu NRW rechtzeitig den Trend zu modernen Software-Lösungen erkannt hatten. ➜

Die kommunalen IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen sind im Dachverband KDN organisiert

Dachverband für IT-Dienstleister

Die wachsenden Anforderungen an die IT aus allen Bereichen der Verwaltung, die zunehmende Verzahnung mit dem Land und dem Bund bei der Aufgabenerfüllung ließen Mitte des letzten Jahrzehnts die Gedanken aufkommen, einen einheitlichen Dachverband aller NRW-Dienstleister zu gründen. Aus AKD und KDN wurde die AKDN – allerdings eine reine Arbeitsgemeinschaft, die ohne rechtliche Verbindlichkeit agierte. Von dieser AKDN sind dann in den folgenden Jahren die wichtigsten Impulse zur Gründung von Vitako e. V., dem heutigen bundesweiten Zusammenschluss fast aller kommunalen IT-Dienstleister in der Bundesrepublik, angestoßen worden. Die AKDN ging darin schließlich auf.

Nahezu zeitgleich gründeten einige Großstädte und flächendeckende Datenzentralen den neuen „KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister" in Form eines Zweckverbandes, um verbindlich Betriebs- und Beschaffungsaufgaben regeln zu können. Diesem Verband sind inzwischen mit wenigen Ausnahmen alle NRW-Datenzentralen beigetreten, rund 30 Einrichtungen sind die Träger. Der KDN ist Gesprächspartner der kommunalen Spitzenverbände in NRW, Vertrags- und Dialogpartner für das Land und stellt auch in Form von Eigenbetrieben Software-Lösungen (AKDNsozial) bereit. Er schließt Rahmenverträge für die Mitglieder ab und ist die Drehscheibe zum Leistungsaustausch zwischen den rechtlich selbständigen Städten und Zweckverbänden. So ist der KDN zusammen mit dem Land NRW z. B. Träger der Lösung „Digitales Archiv NRW", mit der die Kulturgüter u. a. der Landes- und Kommunalarchive, aber auch der Museen und Bibliotheken langfristig gesichert werden.

Die erwähnten kommunalen Spitzenverbände in NRW (Städte-, Landkreistag, Städte und Gemeindebund) haben zusätzlich 2013 einen „gemeinsamen IT-Lenkungsausschuss" ins Leben gerufen. Grundsätzliche Fragen z. B. im Zusammenhang mit der Einführung des E-Government-Gesetzes für das Land an Rhein, Ruhr und Lippe oder die geplante Einführung eines landesweit mit verbindlichen interoperablen Standards versehenen Bürger- bzw. Servicekontos werden dort besprochen und der ➜

Dialog mit dem CIO der Landesregierung, Hartmut Beuß, vorbereitet. Der KDN ist ständiger Gast bei den Sitzungen des IT-LK.

Zusammenwirken von Landesregierung und privaten Investoren

Im Bindestrich-Land gibt es seit 2002 die Einrichtung d-NRW. „Digitales NRW" ist aus der Idee heraus entstanden, im Zusammenwirken von Landesregierung und privaten Investoren neue Services für Bürgerschaft, Verwaltungen und Wirtschaft bereit zu stellen. Von Anfang an waren auf der öffentlich-rechtlichen Seite auch kommunale IT-Dienstleister als Konsorten dabei und haben so geholfen, die Services in die Fläche zu tragen. Ob Verwaltungssuchmaschine oder das von Kommunen und dem Land genutzte Vergabeportal, ob neue Anwendungen für den kommunal-staatlichen Kinder- und Jugendbereich oder das „Meldeportal für Behörden" – von Fall zu Fall wird sorgfältig abgewogen, wie das Miteinander öffentlicher Investitionen und privater Kapitalgeber zum optimalen Ergebnis führt.

Diese Übersicht mag zunächst für den Betrachter von außen überraschend sein. Sie hat allerdings auch Vorteile: Bevölkerungsstarke Kreise, Städte und Gemeinden wie in NRW finden aus dem breiten Angebot der kommunalen IT insbesondere der Zweckverbände die auf ihre Situation, Organisation und finanzielle Ausstattung passenden Lösungen. Und der DV-Schulterschluss zwischen Land und Kommunen funktioniert – nicht immer, aber immer besser.

Verdeutlicht wird das am Beispiel des Zweckverbandes Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe. Über 40 Jahre bestehend, hat sich das Haus mit Sitz in Lemgo vom klassischen Rechenzentrum zum modernen Serviceprovider für Verwaltungen entwickelt, der alleine in NRW Verwaltungen betreut, in deren Zuständigkeitsbereich über 11 Millionen Einwohner leben. Diese werden zum Teil komplett, überwiegend aber mit ausgesuchten Einzellösungen aus ➜

Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) – Der ostwestfälische Service-Provider

Das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) in Lemgo wurde 1971 gegründet und ist seit 1972 Informatik-Dienstleister der Kreise Minden-Lübbecke, Herford und Lippe sowie von 34 Städten und Gemeinden aus diesen Kreisgebieten. Direkt oder indirekt werden über 11 Millionen Einwohner in NRW mit Services des krz betreut.

Als kommunaler Zweckverband besitzt das krz den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Zu den traditionellen Aufgaben zählen unter anderem die Entwicklung, Einführung und Wartung klassischer Kommunalanwendungen. Um dem hohen Anspruch gerecht zu werden, hält das krz für seine Kunden ein reichhaltiges Angebot an Software-Applikationen (Verfahren), Netzwerktechnik, Arbeitsplatz- und Server-Hardware und Dienstleistungen (Beratung, Schulung, Installation, Wartung und Support) bereit. Das krz ist bekannt für einen ausgeprägten Datenschutz sowie eine höchstmögliche Datensicherheit und ist der erste kommunale IT-Dienstleister mit der BSI-Zertifizierung (ISO 27001).

Über 230 engagierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von der Verwaltungsfachkraft bis hin zum Technik-Experten, sind Garant für die Umsetzung der Unternehmensziele. Das krz unterstützt etwa 8.000 PC-Arbeitsplätze mit rund 10.500 Geräten in den Verwaltungen des Verbandsgebietes. Über die Mitglieder hinaus nehmen noch mehr als 600 weitere Kunden aus dem kommunalen Umfeld Dienstleistungen des krz in Anspruch. Der Servicedienst und die Hotline sorgen für eine Datenverfügbarkeit von nahezu 100 Prozent.

Unter dem Motto „krz – Kunden rundum zufrieden" ist das krz für seine Geschäftskunden ein zuverlässiger Partner. Ebenso stehen dem krz aufgrund seiner Mitgliedschaften in der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister (Vitako) e. V. und im KDN, der Leistungsgemeinschaft von Kommunen, Landkreisen und Datenzentralen, starke Partner zur Seite, um Synergieeffekte optimal zu nutzen.

Ostwestfalen-Lippe betreut. Und diese Lösungen finden den Weg in die lokale Verwaltung durch bilaterale Verträge mit den regionalen IT-Zentralen; mittlerweile vielfach unter dem Dach des KDN vereinbart und rechtlich fixiert. Via KDN sind dem krz auch einige Aufgaben übertragen worden, die vom Land für alle Kommunen vorfinanziert wurden. Neben der Mitträgerschaft des KDN ist die Körperschaft aus der Nähe von Bielefeld auch einer der Konsorten der d-NRW-Besitzgesellschaft und beteiligt sich aktiv an Endwicklung, Produktion und Vertrieb der erstellten Lösungen.

Der Verbandsvorsteher des Lemgoer Hauses war bis zum Ausscheiden aus dem Hauptamt seiner Heimatstadt der Gründungsvorsitzende des IT-LK der kommunalen Spitzenverbände. Durch das Engagement der Geschäftsführer des Zweckverbandes z.B. im Verbandsausschuss des KDN bzw. im Aufsichtsrat von d-NRW ist sichergestellt, dass die überregionalen Aktivitäten, die sich auch in der Beteiligung vieler krz-Expertinnen und -Experten in Arbeitskreisen von Vitako und KDN widerspiegeln, zielgerichtet und zum Nutzen für die Träger der „kommunalen Selbsthilfeeinrichtung" koordiniert werden. Die Zusammenarbeit mit dem Land wird durch ein Mandat der Lemgoer im KoopADV, dem seit den 1970-er Jahren bestehenden Ausschuss aus Mitgliedern der Spitzenverbände und dem Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK NRW) gewährleistet. Hier wird vor allem darüber Verständigung gefunden, welche Lösungen Einzug in den Kommunen halten, um die Kooperation mit den Fachministerien weiter zu optimieren. Das neue Düsseldorfer E-Government-Gesetz sieht zur Fortsetzung dieser Arbeit einen IT-Kooperationsrat vor – quasi ein IT-Planungsrat für NRW.

Das krz hat die Chance ergriffen, sich in einer dramatisch verändernden Verwaltungslandschaft vom Großrechner-RZ zum modernen Komplett-Dienstleister zu entwickeln. Ungebrochenes Wachstum in Mitarbeitenden und Umsatz, eine steigende Zahl von Anwendern, die bundesweit erste komplette Zertifizierung nach IT-Grundschutz durch das BSI (bereits seit 2007 und aktuell bis 2018 gültig) sind Ausdruck davon, dass statt Konfrontation besser Kooperation die richtige Antwort auf die historisch bedingten Strukturen in NRW sind.

Das Risiko, in einem langjährigen Fusionsprozess den Blick auf die Anwender zu verlieren, sich über einen langen Zeitraum überwiegend mit sich selbst zu beschäftigen und dann auch noch durch den Verlust der Ortsnähe den Einfluss der Träger ggf. reduzieren zu müssen, steht nicht zur Debatte.

Strukturüberprüfungen der Organisation, die ebenen übergreifende Verwaltungsmodernisierung und die Herausforderung, den demografischen Wandel erfolgreich zu bewältigen, sind ständige Herausforderungen. Große Kreise und Städte, ländliche Gemeinden und kräftige IT-Zweckverbände sind die Garanten, dass die kommunale Familie auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllt. Bildung von Kompetenzcentern, gemeinsame Ressourcen-Nutzung, sinnvolle Aufgabenteilung, Rahmenverträge und moderne Ausbildungsgänge sind probate Mittel, den eingeschlagenen Weg kostensparend und nachhaltig fortzusetzen.

Damals und heute: Das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe zu seinen Anfangszeiten und der 2015 eingeweihte Neubau

Sachsen: Leistungsfähiger IT-Dienstleister

Die Sächsische Staatskanzlei und das Staatsministerium des Innern haben dem Kabinett am 1. Dezember 2015 einen Bericht zur Konsolidierung und Fortentwicklung des Staatsbetriebes Sächsische Informatik Dienste (SID) vorgelegt.

Die Staatsregierung wird darin beauftragt, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag zur Optimierung und Konsolidierung der IT-Organisation im Freistaat Sachsen bis 2019 umzusetzen. Im Rahmen der Digitalen Agenda sollen die elektronische Verwaltung als Standortfaktor für die Wirtschaft und Serviceleistung für die Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut, verwaltungsinterner und -externer Informationsaustausch digitalisiert und die Verwaltungsmodernisierung vorangetrieben werden.

„Der Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste wird zum zentralen, leistungsfähigen und innovativen Dienstleister der sächsischen Verwaltung fortentwickelt. Mit dem heute vorgelegten Bericht und den darin beschlossenen Maßnahmen legen wir das Fundament für den sächsischen IT-Dienstleister der Zukunft“, sagte Innenminister Markus Ulbig. „Wir haben festgestellt, dass der 2008 gegründete Staatsbetrieb die erwartete Leistungsfähigkeit bisher nicht erreicht hat, weil er aufgrund der gegebenen Struktur nicht flexibel auf die zunehmend komplexen Anforderungen der einzelnen Behörden reagieren konnte“, ergänzte Ulbig.

Folgende Maßnahmen werden deshalb umgesetzt:

- Die interne Konsolidierung und Optimierung des SID
- Die Konzentration auf ein Kernportfolio
- Ein tragfähiges Finanzierungsmodell, das eine verursachungsgerechte Abrechnung der Leistungen ermöglicht
- Eine auskömmliche Personalausstattung
- Prüfung zur Überführung des SID in eine Anstalt öffentlichen Rechts

Sachsens Innenminister Markus Ulbig: „Die Vergangenheit hat gezeigt, dass bei der Entwicklung und dem Betrieb von Fachverfahren – insbesondere der Polizei- und Steuerverfahren – kaum Synergien zu erzielen sind. Hier haben die Ministerien nun die Wahl, ob sie diese Aufgaben in Eigenregie wahrnehmen oder den Staatsbetrieb SID beauftragen. Dagegen bleiben der Betrieb der kompletten IT-Infrastruktur und die Entwicklung sowie der Betrieb von ressortübergreifenden und fachunabhängigen Verfahren wie elektronische Vorgangsbearbeitung oder Bürokommunikationsanwendungen prädestiniert für eine Bündelung beim Staatsbetrieb“, so Ulbig. Deshalb solle der Staatsbetrieb SID auch als Betreiber des geplanten zentralen Rechenzentrums fungieren, das ebenfalls ein wesentlicher Schritt zur Konsolidierung der sächsischen IT-Landschaft sei.

„Damit können auch kurzfristige Bedarfe der Ministerien wie beispielsweise die Entwicklung eines IT-gestützten Asylverfahrens realisiert werden“, so Ulbig abschließend.

Dienstleister seit 2007

Der Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID) ist der zentrale IT-Dienstleister für die sächsische Staatsverwaltung. Er unterstützt die Erledigung von Verwaltungsaufgaben durch den Einsatz modernster Informationstechnik und ist kompetenter und kollegialer IT-Partner an den sächsischen Standorten in Dresden, Kamenz und Lichtenwalde.

Der SID ist Ansprechpartner für alle IT-Belange seiner Kunden und bietet qualitativ hochwertige, zuverlässige und serviceorientierte IT-Lösungen.

Dazu gehören:

- Entwicklung, Einführung, Betrieb und Pflege von IT-Verfahren
- Entwicklung und Umsetzung zentraler IT-Vorhaben
- Planung, Betrieb, Wartung und Pflege von IT-Infrastruktur
- zentrale IT-Beschaffung
- IT-Beratung
- spezifische Sicherheitskonzepte

Gegründet wurde der Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste auf der Grundlage der gemeinsamen Verwaltungsvorschrift fast aller Staatsministerien und der Staatskanzlei über die Errichtung des Staatsbetriebes Sächsische Informatik Dienste (VwV SID) vom 27. November 2007.

Zum 1. Januar 2008 erfolgte die Migration der Rechenzentren des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft in Lichtenwalde, des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen in Kamenz, der sächsischen Steuerverwaltung und der sächsischen Polizeiverwaltung in Dresden in den SID.

Mit dem zusätzlichen Aufbau einer Zentrale in Dresden wurde die Betriebsfähigkeit als eigenständiger Staatsbe- ➜

trieb hergestellt. Vorerst existierten die ehemaligen IT-Abteilungen als Niederlassungen mit jeweils eigener Organisationsstruktur unter der Zentrale weiter.

Eine Organisationsuntersuchung mit Ergebnissen im Oktober 2010 sollte organisatorische und technische Wege hin zu einem leistungsfähigen und flexiblen IT-Dienstleister aufzeigen. Auf der Basis der Ist-Analyse wurden Handlungsfelder aus den Themenbereichen Organisation, Personal, Prozesse, IT-Leistungen und IT-Infrastruktur abgeleitet. Im Jahr 2012 erstellte der SID zusammen mit dem damals verantwortlichen Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Europa ein Konzept zur Neuausrichtung des Staatsbetriebes. Die anschließende Reorganisation mit schrittweiser Umsetzung einer neuen Aufbauorganisation und ein darauf folgendes Nachziehen der Ablauforganisation ergab ein Organigramm, mit welchem sich der SID funktional strukturiert und standortübergreifend aufstellte.

Um die Leistungsfähigkeit des Staatsbetriebes weiter zu steigern, behandelte das sächsische Kabinett im Dezember 2015 erneut einen Bericht des Innenministeriums und der Staatskanzlei zur Konsolidierung und Fortentwicklung des SID.

Von Andreas Kunze-Gubsch, Sächsisches Staatsministerium des Innern

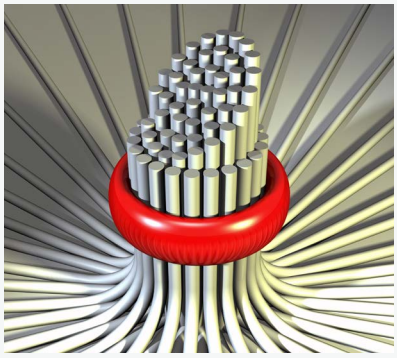
Bund bündelt IT-Kompetenzen

Am 20. Mai 2015 hatte die Bundesregierung ein Konzept zur Neuaufstellung der IT des Bundes beschlossen. Dieses sieht vor, die aktuell mehr als 1.300 Rechenzentren und Serverräume der unmittelbaren Bundesverwaltung bis 2022 stufenweise in wenigen Rechenzentren zusammenzuführen. Ein erster Schritt ist die Zusammenlegung der IT-Dienstleistungszentren des Bundesministeriums der Finanzen (ZIVIT), des Bundesministeriums des Innern (BIT) und des Bundesministeriums für Digitale Infrastruktur und Verkehr (DLZ-IT) zu einem gemeinsamen Rechenzentrum.

Für die IT-Konsolidierung des Bundes wurde ein ressortübergreifendes Projekt eingerichtet. Darin übernehmen fünf Ministerien unter Gesamtleitung des Bundesministeriums des Innern (BMI) verschiedene Teilprojekte. Nachdem im ersten Schritt die großen IT-Dienstleistungszentren zum 1. Januar 2016 zusammengeführt werden, soll in einem weiteren Teilprojekt unter Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) über die zukünftige Rechtsform dieses neuen IT-Dienstleisters entschieden werden. In weiteren Schritten sollen die IT-Anwendungen und Dienste zentral an einer Stelle entwickelt und eine „Bundes-Cloud" aufgebaut werden. Auch die Beschaffung von IT soll in wenigen Stellen der Bundesverwaltung gebündelt werden.

Die Bundesstelle für Informationstechnik (BIT) des BVA wurde im Zuge dieses Prozesses zum 1. Januar 2016 in das neu geschaffene Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund) überführt und gehört seit diesem Zeitpunkt zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF). Rund 300 Beschäftigte der BIT wechselten zum Jahresbeginn in das neue ITZ Bund.

Die BIT war im Jahr 2006 als Abteilung des BVA eingerichtet und 2009 zu einem der ersten IT-Dienstleistungszentren des Bundes ernannt worden. Sie gewährleistete über neun Jahre eine praxisnahe technische Umsetzung der fachlichen Anforderungen der Verwaltung. Neben den Verwaltungsdienstleistungen komplettierte sich so die Angebotspalette des BVA um IT-Dienstleistungen. Damit konnten BVA-Kunden auf ein umfangreiches und ganzheitliches Portfolio von Leistungen zurückgreifen. Die Bündelung des IT-Fachwissens in der BIT förderte die Harmonisierung und Standardisierung der IT-Landschaft des Bundes und trug zur Bereitstellung qualitativ hochwertiger und gleichzeitig kostengünstiger IT-Dienstleistungen bei. Dabei minimierte sie mit ihrem Leistungsspektrum Projektrisiken und entlastete die Auftraggeber in diesem hochspezialisierten Feld z. B. auch durch IT-Standardlösungen.



Über 250 Behörden und Institutionen der Verwaltung nutzten die IT-Dienstleistungen der BIT, u. a. das Bundeskanzleramt, der Deutsche Bundestag, aber auch Institutionen der mittelbaren Bundesverwaltung. Eine Erfahrung, die nun durch die weitere IT-Konsolidierung zum ITZ Bund konsequent weitergeführt wird. *(PR/BVA)*

Saarland: Landesamt IT-Dienstleistungszentrum

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 hat das Landesamt IT-Dienstleistungszentrum seine Arbeit aufgenommen. Das ist ein bedeutender Schritt im Rahmen der IT-Neuausrichtung des Saarlandes.

Zum 1. Januar 2016 wurde die bisherige Zentrale Datenverarbeitungsstelle des Saarlandes (ZDV-Saar), die bis dato zum Landesamt für Zentrale Dienste gehörte, mit samt ihren Aufgaben und den rund 150 Mitarbeitenden in ein eigenständiges Landesamt für IT-Dienstleistungen überführt. Die neue Rechtsform wird mehr Flexibilität und Schlagkraft mit sich bringen.

Das IT-DLZ-Gesetz sieht vor, dass die gesamte IT der Ressorts und der nachgelagerten Behörden samt Personal innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren in das IT-DLZ verlagert wird.

Nach dem Gesetz, das im Dezember 2015 vom saarländischen Landtag verabschiedet wurde, wird es bei der Integration der dezentralen IT zu einem abgestuften Verfahren kommen:
Aus verfassungsrechtlichen Gründen wird die Überführung der IT-Strukturen der Ministerien per Rechtsverordnung erfolgen. Hierzu wurde vorgearbeitet, da bereits seit 2013 erste Ressorts im Rahmen eines Migrationsfahrplans ganz oder teilweise ihre Infrastrukturen zur ZDV-Saar verlagert haben. Eine rechtlich andere Situation ergibt sich für die IT der nachgeordneten Behörden. Diese Aufgaben werden direkt durch das Gesetz zum IT-DLZ übertragen werden.

Die Überführung erfolgt aufgabenabhängig in zwei Zeitphasen. Innerhalb der ersten zwei Jahre sollen folgende Arbeitsbereiche zentralisiert werden:

- Betrieb der zentralen IT-Infrastruktur;
- Bereitstellung zentraler Infrastrukturen für die Fachverfahren der saarländischen Landesverwaltung sowie
- Planung und Betrieb des Landesdatennetzes.

Darüber hinaus wird die Funktion des Landes-IT-Sicherheitsbeauftragten beim neuen IT-Dienstleistungszentrum angesiedelt.

Binnen vier Jahren sollen folgende weitere Arbeitsbereiche auf das IT-DLZ übergehen:

- Betrieb der Fachverfahren der saarländischen Landesverwaltung;
- Betreuung der Arbeitsplatzinfrastrukturen der saarländischen Landesverwaltung und
- Verfahrensentwicklung, -pflege und -betreuung.

Weitere Aufgaben des IT-DLZ sind:

- Sicherstellung der IT-Sicherheit für die vom IT-DLZ betriebenen Informations- und Kommunikations-Infrastrukturen sowie
- Zentrale Beschaffung von Informations- und Kommunikationssystemen und operatives IT-Consulting.

„Die IT-Landschaft der saarländischen Verwaltung wird sich in den nächsten vier Jahren weiter grundlegend verändern. Damit geht auch ein Mentalitätswandel einher: Aus „zentraler Datenverarbeitung“ wird ein „Dienstleistungszentrum“. Ich freue mich, heute für diesen geplanten Umstrukturierungsprozess den Startschuss zu er-

teilen und wünsche der Leitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IT-DLZ gutes Gelingen“, so der Staatssekretär Dr. Axel Spies abschließend. (PR/ Ministerium für Finanzen und Europa des Saarlandes)

Hintergrund

Die Zentrale Datenverarbeitungsstelle für das Saarland (ZDV-Saar) wurde zum 1. Januar 1971 als eigenständige Einrichtung nach § 14 des Landesorganisationsgesetzes gegründet mit dem Auftrag der Programmierung sowie der technischen Abwicklung der automatisierten Verfahrensabläufe für den Bereich der Landesverwaltung. Rund 30 Jahre später erfolgte zum 1. Juni 2001 die Überführung der ZDV-Saar als Abteilung in das Landesamt für Finanzen. Weitere fünf Jahre später zum 1. Oktober 2006 wurde die Abteilung ZDV-Saar zusammen mit dem Statistischen Amt, der Zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle, der Landeshauptkasse, dem Amt für Bau- und Liegenschaften sowie der Zentralen und Inneren Dienste zum Landesamt für Zentrale Dienste überführt. Seit 1. Januar 2016 ist die bisherige ZDV-Saar wieder eigenständig, die ZDV-Saar heißt nun IT-Dienstleistungszentrum (IT-DLZ) und läutet nach 45 Jahren einen Namens- und Mentalitätswandel ein. *(PR/MFE Saarland)*

Storage-Beschaffung ohne Ausschreibung

ITDZ Berlin schließt Rahmenvertrag für NetApp-Produkte

Von Jürgen Gerlach, PDV-Systeme GmbH

In der Verwaltung gehören Daten zu den wichtigsten Ressourcen. Die Herausforderung besteht darin, sehr große Datenmengen ohne Engpässe bei Speicherplatz und Performance zu sichern und zu verwalten. Das ITDZ Berlin setzt hier seit Jahren auf NetApp Speichersysteme, die bereits bei vielen Kunden im Einsatz sind. Gerade wurde hierzu ein neuer Rahmenvertrag abgeschlossen, der bis September 2019 läuft. Dienststellen des Landes Berlin können alle NetApp-Produkte über diesen Rahmenvertrag ohne Ausschreibung beim Landesdienstleister beziehen.

Der Rahmenvertrag, bei dem die PDV-Systemhaus GmbH erneut den Zuschlag erhalten hat, bietet alle wesentlichen Komponenten, die für das Speichermanagement notwendig sind. Wichtigster Bestandteil des Rahmenvertrags sind die Speichersysteme des Herstellers NetApp. Der Rahmenvertrag umfasst alle Hardware- und Software- Produkte dieses Herstellers. Das Leistungsspektrum beinhaltet auch komplexe Beratung im Speicherumfeld, Installation, Migration, Konfiguration und Service.

Die Systeme von NetApp unterstützen das Speichern, Verwalten und Sichern von Daten und sind auch für sehr große Datenmengen geeignet. Engpässe bei Speicherplatz oder bei der Performance lassen sich mit den NetApp-Lösungen nachhaltig beseitigen. Größere Systeme können bis 103 Petabyte Bruttokapazität verwalten. Ein wesentlicher Vorteil von NetApp-Lösungen ist die einfache Administration der Speichersysteme. Dies verringert den Aufwand an Personal und hält die Betriebskosten niedrig. Gleichzeitig lassen sich NetApp-Speichersysteme flexibel erweitern und bieten somit Investitionsschutz bei steigenden und wechselnden Anforderungen.

Die Systeme sind grundsätzlich als Unified Storage Systeme aufgebaut, d. h. sie ermöglichen den gleichzeitigen Anschluss an unterschiedliche Netzwerke wie Fibre Channel, FCoE und iSCI.

Die Architektur ermöglicht es, je nach Controller-Modell bis zu 24 Nodes zu verbinden, die ein großes Cluster-Speichersystem bilden. Innerhalb dieses Systems ist es möglich, Daten-Volumes online und ohne Unterbrechung innerhalb des Systems zu verschieben. Auf diese Weise sind keine Downtimes mehr notwendig, zum Beispiel bei Austausch der Systeme wegen Neubeschaffung. Hierfür wird kurzzeitig das Cluster erweitert, die Daten-Volumes online und transparent für die Produktion migriert und anschließend das Altsystem abgebaut. ➜

Engpässe bei Speicherplatz oder bei der Performance lassen sich mit den NetApp-Lösungen nachhaltig beseitigen

NetApp FAS Systeme verwenden das hochperformante RAID-DP, eine Standardfunktion des Betriebssystems, welches Schutz vor doppelten Festplattenausfall bietet, und dies ohne Leistungseinbußen. Abgerundet wird das Leistungsspektrum durch Hardware- und Software-Funktionen mit dem Ziel, Geschwindigkeit und Effizienz beim Speichermanagement zu erhöhen. Beispiele sind NetApp Flash PoolTM und NetApp Flash CacheTM (performantes Caching auf SSD Technologie Basis), Deduplizierung, und Komprimierung. Durch die SnapshotTM Software können Daten ohne Performance-Einbußen und bei minimaler Speicherbelegung gesichert werden.

Information und Beratung

IT-Dienstleistungszentrum Berlin
Tel. 030 / 90222-8090
kundenmanagement@itdz-berlin.de

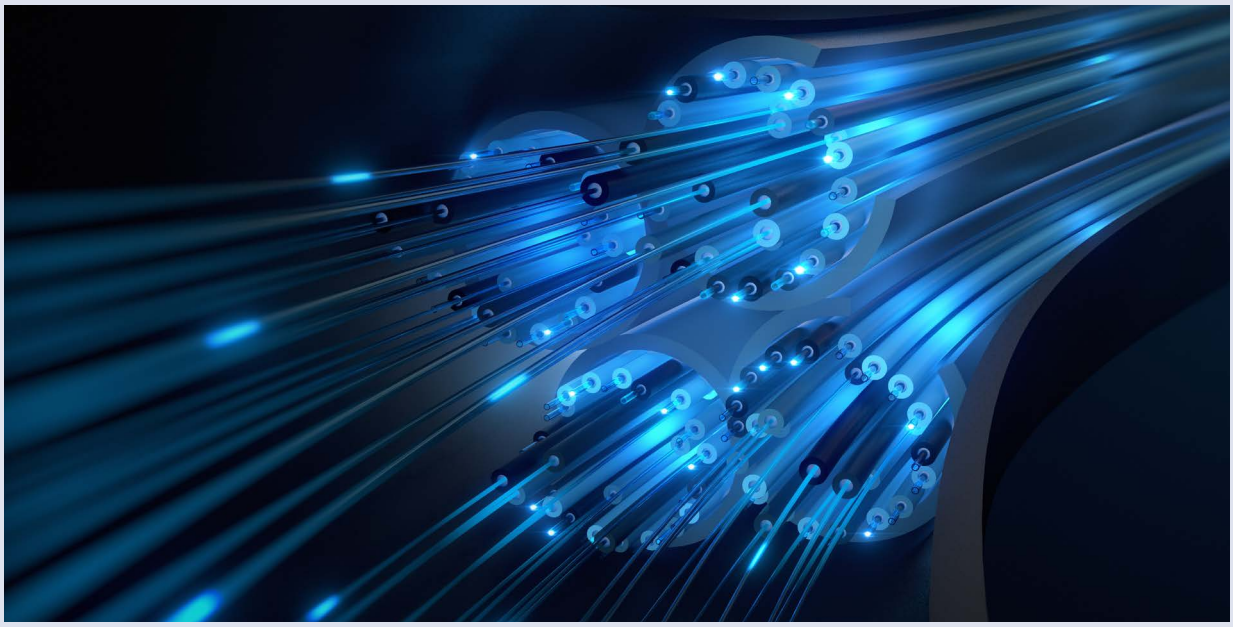
PDV-Systemhaus GmbH
Tel. 030 / 60984535-610
RV-Berlin@pdv-systemhaus.de

Leitfaden zu Energieeffizienz in Rechenzentren

Wie können Rechenzentren möglichst leistungsfähig und dabei energieeffizient arbeiten? Diese Frage steht im Mittelpunkt eines Leitfadens, den der Digitalverband Bitkom veröffentlicht hat. Rechenzentren sind zentral für das Funktionieren der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft. In ihnen werden die von Menschen und Maschinen produzierten Daten verarbeitet und gespeichert. Mit fortschreitender Digitalisierung wachsen auch die Datenmengen bzw. die erforderlichen Rechenzentrumskapazitäten – und damit auch der Energiebedarf. Laut Borderstep Institut hat sich die Zahl der physikalischen Server in deutschen Rechenzentren zwischen 2010 und 2014 um zirka 50 Prozent auf 1,7 Millionen erhöht. Setzt sich der Trend fort, steigt die Zahl bis 2020 weiter um 35 Prozent auf rund 2,3 Millionen. Der Energiebedarf der Server und Rechenzentren in Deutschland soll von rund 10 Milliarden Kilowattstunden (kWh) im Jahr 2014 auf rund 12 Milliarden kWh im Jahr 2020 steigen. „Große Rechenzentren verbrauchen viel Strom, meist im Megawatt-Bereich. Um die Umwelt zu schonen und die Kosten für die Betreiber überschaubar zu halten, müssen Rechenzentren effizient organisiert sein“, sagt Christian Herzog, Bereichsleiter IT-Infrastruktur beim Bitkom. Dabei biete der Bitkom-Leitfaden konkrete Hilfestellungen – etwa zum Energiemanagement oder zur Optimierung der IT-Hardware und Software sowie der Rechenzentrumsinfrastruktur.

Trotz steigender Rechenlast konnte der Energiebedarf der Rechenzentren mithilfe von Effizienzmaßnahmen bei IT-Hardware und Rechenzentrumsinfrastruktur in den vergangenen Jahren konstant gehalten werden. „Das zeigt, dass Effizienzbemühungen fruchten“, so Herzog. Oft reichten schon einfache Maßnahmen, zum Beispiel die Messung und Auswertung des Verbrauchs, um gute Effekte zu erzielen. Durch die zunehmende Nutzung von Smartphones, Technologien wie Big Data oder Cloud Computing sowie neue Anwendungsbereiche von digitalen Technologien, etwa in der Industrie, werde es jedoch schwieriger, den Stromverbrauch konstant zu halten, so Herzog: „Deshalb braucht es kontinuierliche Anstrengungen, um größtmögliche Effizienz zu gewährleisten.“

Der Leitfaden beschreibt den aktuellen Stand der Technik bei Infrastruktur, Rechnern, Speichern und Netzwerken und gibt einen realistischen Überblick, mit welchen Maßnahmen welche Effizienzeffekte erreichbar sind. Er ist kostenlos abrufbar unter www.bitkom.org *(PR/BITKOM e.V.)*



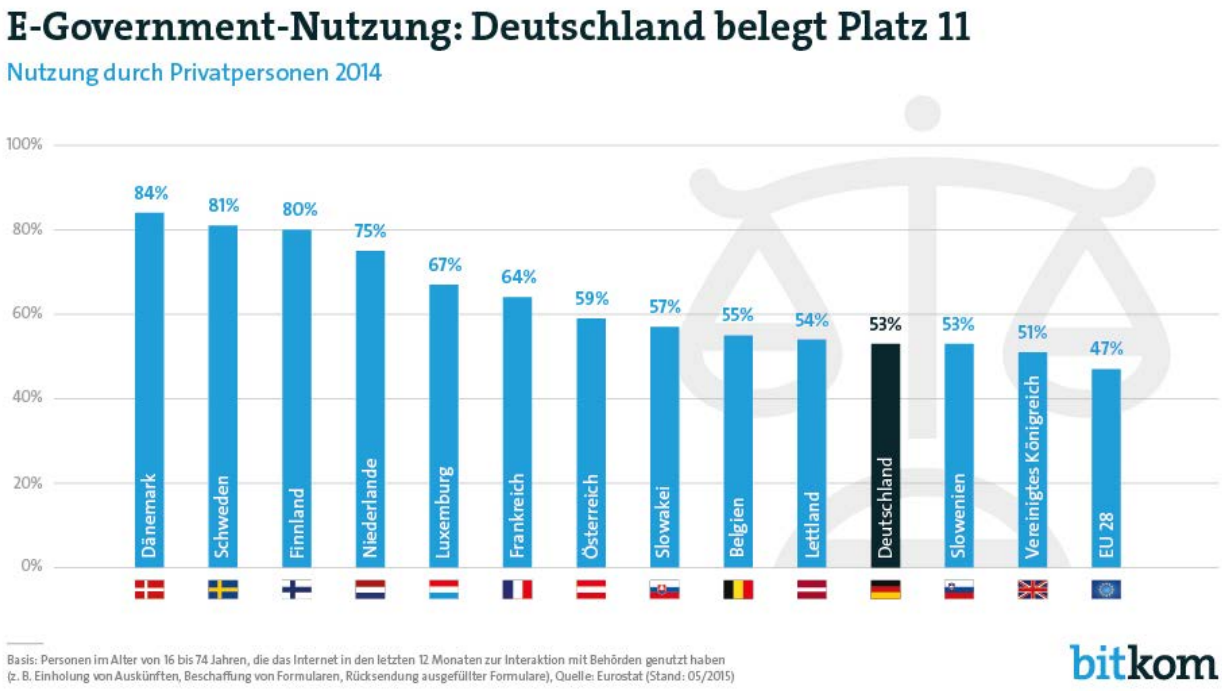
E-Government-Nutzung kommt nur schleppend voran

Die Nutzung von E-Government kommt in Deutschland nur langsam voran. Das zeigen Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat. Demnach hat im Jahr 2014 nur gut die Hälfte der Bundesbürger (53 Prozent) das Internet zur Interaktion mit Behörden genutzt, etwa um Auskünfte einzuholen oder Formulare herunterzuladen. Das ist lediglich ein leichter Anstieg im Vergleich zu 2013, als es 49 Prozent waren. Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich nach wie vor nur im Mittelfeld, auf Rang 11 aller EU-Mitgliedsländer. Spitzenreiter ist Dänemark, wo 84 Prozent der Bürger E-Government-Angebote nutzen, gefolgt von Schweden (81 Prozent), Finnland (80 Prozent) und den Niederlanden (75 Prozent). „Mithilfe des Internet können Behördengänge in vielen Fällen deutlich unkomplizierter und schneller erledigt werden als mit einem persönlichen Erscheinen auf dem Amt", sagt Dr. Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer des Digitalverbands Bitkom. „Hier verschenken sowohl Bürger als auch Verwaltungen wertvolle Möglichkeiten."

Mehr Aufklärung nötig

Laut Bitkom ist die vergleichsweise geringe Nutzung von E-Government-Angeboten in Deutschland unter anderem auf ein Informationsdefizit zurückzuführen: „Viele Bürger wissen schlichtweg nicht, dass sie zum Beispiel bei vielen Ämtern Termine online vereinbaren oder Formulare per E-Mail zusenden können", so Rohleder. „Hier muss noch stärker als bislang aufgeklärt werden." Zudem werden die Möglichkeiten des E-Government noch nicht konsequent genug realisiert. „Auch bei Anträgen, für die der Gesetzgeber keine Unterschrift fordert, sehen die Formulare immer noch ein Unterschriftenfeld vor und erschweren so die komplett elektronische Antragstellung und -bearbeitung. Das passt nicht mehr in unsere Welt und ist Bürgern, die online Bücher kaufen, Urlaube buchen oder ihre Wohnung tauschen, nicht mehr zu erklären", so Rohleder. Und selbst dort, wo Online-Angebote gemacht werden, sind sie oftmals nicht nutzerfreundlich – ein Problem, das nach Ansicht des Bitkom hausgemacht ist. „Viele Behörden versuchen, eigene Systeme aufzubauen anstatt bewährte Standards einzusetzen. Dabei werden sie nicht selten von der aktuellen IT abgekoppelt", sagt Rohleder.

(PR/Bitkom e.V.)



61 Prozent der Unternehmen in Deutschland legen Wert auf E-Government

61 Prozent der Unternehmen in Deutschland halten E-Government für einen wichtigen Faktor, der ihre Wahrnehmung von behördlichen Dienstleistungen beeinflusst. Dies teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) im Rahmen einer Pressekonferenz mit, auf der die Ergebnisse einer Befragung von Unternehmen zu ihrer Wahrnehmung von bürokratischen Belastungen in ausgewählten Situationen vorgestellt wurden. Dagegen ist E-Government nur für 30 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bedeutsam. Die Möglichkeit, Verwaltungsangelegenheiten im Internet zu erledigen, bildet einen Schwerpunkt der Bundesregierung beim Bürokratieabbau.

„Die Wirtschaft stellt der öffentlichen Verwaltung in Deutschland zwar insgesamt ein ordentliches Zeugnis aus, die Unternehmen bewerten die behördlichen Dienstleistungen aber etwas kritischer als die Bürgerinnen und Bürger", sagte Dieter Sarreither, Präsident des Statistischen Bundesamtes, bei der Vorstellung der Ergebnisse. Auf einer Skala von – 2 (sehr unzufrieden) bis + 2 (sehr zufrieden) liegt der Gesamtindikator für die Einschätzung der Unternehmen bei 0,94 und damit leicht unter dem Wert der Bürgerbewertung von 1,06.

Die Wahrnehmung der Behördentätigkeit fällt für verschiedene Branchen und Betriebsgrößen sehr ähnlich aus. Unterschiede gibt es dagegen bei den 10 ausgewählten Unternehmenssituationen (von der Gründung bis zur Geschäftsaufgabe). Besonders positiv werden Verwaltungsleistungen im Zusammenhang mit Aus- und Fortbildungsmaßnahmen (1,21) sowie im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (1,14) gesehen. Die Behördenerfahrungen beim Bau einer Betriebsstätte (0,50) und bei der Teilnahme an Ausschreibungsverfahren (0,82) schneiden im Gegensatz dazu unterdurchschnittlich ab.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung spürbar zu verbessern und die Bürokratie zu vereinfachen. Die Ergebnisse der Befragung zeigen zukünftige Handlungsfelder in der Beziehung zur Wirtschaft. Herausforderungen für die Verwaltung bestehen beispielsweise in der Bereitstellung von Informationen über den weiteren Verfahrensablauf. In einigen Situationen, so zum Beispiel bei der Gründung eines Unternehmens oder bei der Teilnahme an Ausschreibungsverfahren, besteht insbesondere auch Handlungsbedarf bei der Verständlichkeit des Rechts.

Der Abschlussbericht wurde dem Koordinator der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung Staatsminister Professor Dr. Helge Braun, MdB, übergeben. In einer ersten Einschätzung sagte er: „Deutschland hat ein ausgesprochen gut funktionierendes, aber auch sehr ausdifferenziertes und mitunter kompliziertes Rechtssystem mit hohen Standards und transparenten, aber bisweilen auch langen Entscheidungswegen. Es freut mich sehr, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und das dahinter stehende Recht insgesamt als positiv wahrnehmen.

Zwar werden die Unbestechlichkeit und die Neutralität der Behörden als besonders wichtig wahrgenommen und positiv bewertet. Die Befragungsergebnisse zeigen uns aber auch, dass wir als Bundesregierung noch vor Herausforderungen stehen: Besonders gilt dies für die Verständlichkeit der Informationen und das zugrunde liegende Recht. Dies wird sich die Bundesregierung als eines ihrer Kernanliegen vornehmen! Zwar sind hohe Standards und ein großes Maß an Rechtssicherheit Qualitätsmerkmale für den Standort Deutschland. Sie werden aber offenbar bisweilen auch als lästige Bürokratie empfunden.

Jetzt ist der Bund am Zug! Wir müssen uns fragen, was wir tun können, um Informationsangebote über Rechtsvorschriften und Verfahren, aber auch die rechtlichen Grundlagen selbst zu verbessern und verständlicher zu machen. An der optimalen Verbindung von Einfachheit, Schnelligkeit, Rechtssicherheit und hoher materieller Rechtsqualität müssen wir noch arbeiten."

Die Ergebnisse sowohl zur Bürgerbewertung als auch zur Wahrnehmung durch Unternehmen stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung. Ergänzende Informationen zur Regierungsinitiative „amtlich einfach – Staat der kurzen Wege" finden sich auf www.amtlich-einfach.de

(PR/Statistisches Bundesamt)

Erstmals mehr als eine Million Beschäftigte in der ITK-Branche

Die ITK-Branche beschäftigt in Deutschland erstmals mehr als eine Million Menschen. Die Unternehmen der Informationstechnologie, Telekommunikation und Unterhaltungselektronik werden Ende des Jahres 1,002 Millionen Mitarbeiter zählen. Das teilte der Digitalverband Bitkom anlässlich seiner Herbst-Konjunkturprognose 2015 in Berlin mit.

„Damit sind in den vergangenen fünf Jahren rund 135.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Allein im Jahr 2015 kamen fast 25.000 neue Jobs dazu", sagte Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder. „Die Bitkom-Branche festigt ihre Rolle als zweitgrößter industrieller Arbeitgeber, knapp hinter dem Maschinenbau." Der Arbeitsplatzaufbau findet dabei ausschließlich in den Unternehmen der Informationstechnologie statt, auf die 794.000 Beschäftigte entfallen. Bei den Telekommunikationsanbietern (199.000) und in der Unterhaltungsindustrie (9.000) ist die Beschäftigtenzahl angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung rückläufig. Für die Gesamtbranche hob der Verband seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr leicht an. Der Umsatz mit ITK-Produkten und Diensten soll demnach 2015 um 1,9 Prozent auf 156 Milliarden Euro wachsen. Bislang war Bitkom von einem Plus von 1,5 Prozent ausgegangen. „Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die vor allem drei Gründe hat: Ein deutlich besseres Geschäft mit IT-Hardware wie Servern und Halbleitern. Ein kräftiges Umsatzplus bei Smartphones. Und eine positive Entwicklung bei den Internetzugängen", so Rohleder. Zwischen den einzelnen Segmenten der ITK-Branche gibt es deutliche Unterschiede. Mit Wachstumsraten über 5 Prozent liegen die Umsätze mit Endgeräten wie Smartphones (+5,5 Prozent) und Software (+5,4 Prozent) an der Spitze, während die Umsätze mit Telekommunikationsdiensten (-0,3 Prozent) und Unterhaltungselektronik (-3,8 Prozent) rückläufig sind.

Wachstumstreiber der Branche bleibt die Informationstechnologie. Die Umsätze sollen der Bitkom-Prognose zufolge im Jahr 2015 um 3,5 Prozent auf 80,4 Milliarden Euro steigen. Der Software-Bereich wächst mit einem Plus von 5,4 Prozent auf 20,1 Milliarden Euro am stärksten. Über die vergangenen Jahre kontinuierlich zugelegt hat das Geschäft mit IT-Dienstleistungen wie IT-Beratung und Projektgeschäft, das 2015 voraussichtlich um 3,0 Prozent auf 37,3 Milliarden Euro zulegen kann. „Die Anbieter profitieren davon, dass im Zuge der digitalen Transformation der Wirtschaft Unternehmen aller Branchen ihr Geschäft auf die Digitalisierung ausrichten", so Rohleder. Überraschend positiv entwickelt sich in diesem Jahr zudem der Umsatz mit IT-Hardware, der um 2,8 Prozent auf 23,0 Milliarden Euro wachsen soll. Dies ist dem Bitkom zufolge neben einer steigenden Nachfrage nach Servern vor allem einem kräftigen Umsatzplus bei Halbleitern geschuldet. „Wir sehen eine verstärkte Vernetzung in der industriellen Fertigung und einen regelrech- ➜

2015 hat die ITK-Branche in Deutschland erstmals mehr als eine Million Menschen beschäftigt

ten Digital-Boom im Automobilsektor. Industrie 4.0 und intelligente Mobilität stimulieren die Nachfrage nach Halbleitern", sagte Rohleder. „Schon heute sind Autos Hochleistungscomputer, künftig werden sie vernetzte Rechenzentren sein. Dieser Trend spiegelt sich in diesem Jahr auch bei den Marktzahlen wider."

Das leichte Plus von 0,9 Prozent im Telekommunikationsmarkt geht überwiegend auf die steigende Nachfrage nach Geräten und Infrastruktursystemen zurück. Der Gesamtmarkt der Telekommunikation soll im laufenden Jahr ein Volumen von 65,8 Milliarden Euro erreichen. Smartphones und andere Endgeräte legen nach einem Plus von 5,5 Prozent auf 9,8 Milliarden Euro zu. „Bei Smartphones sehen wir einen Trend zu größeren Displays und mehr Speicher, und damit auch tendenziell etwas teureren Geräten", sagte Rohleder. „Weil das Smartphone für viele Menschen zu einem täglichen Begleiter geworden ist, lassen sich viele Verbraucher diese Geräte auch etwas kosten." Ebenfalls deutlich positiv entwickelt sich das Geschäft mit Infrastruktursystemen, das um 3,6 Prozent auf 6,5 Milliarden Euro wachsen soll. An dieser Stelle spiegeln sich die hohen Milliarden-Investitionen der Netzbetreiber wider. „Zu diesem Ausbau gehört künftig auch die Nutzung der in diesem Jahr versteigerten 700-Mhz-Frequenzen für den Mobilfunk der nächsten Generation. Die Netzbetreiber brauchen hier dringend verbindliche Termine, wann sie diese Frequenzen wirklich nutzen können, damit der Ausbau entsprechend geplant und vorangebracht werden kann", sagte Rohleder. Getrübt wird die positive Entwicklung auf dem Telekommunikationsmarkt durch die erneut rückläufigen Umsätze mit Telekommunikationsdiensten, die voraussichtlich um 0,3 Prozent auf 49,5 Milliarden Euro schrumpfen werden. Vor allem die Umsätze mit Sprachdiensten gehen deutlich zurück, sowohl im Festnetz (-7,5 Prozent) als auch im Mobilfunk (-7,0 Prozent). Rohleder: „Die Netzbetreiber stehen derzeit vor der besonderen Herausforderung, dass sie Umsatz in ihren Kernmärkten verlieren und gleichzeitig Investitionen hochfahren müssen."

Bei der Unterhaltungselektronik setzt sich der Abwärtstrend auch in diesem Jahr fort. Der Rückgang schwächt sich allerdings nach dem kräftigen Einbruch 2013 weiter ab. Damals ging der Umsatz um 14,8 Prozent zurück. Im vergangenen Jahr lag das Minus noch bei 5,3 Prozent, und in diesem Jahr wird der Bitkom-Prognose zufolge ein Minus von 3,8 Prozent auf 9,8 Milliarden Euro verbucht werden. „Zum einen geraten die Umsätze durch den Preisverfall weiter unter Druck. Zum anderen ersetzen Smartphone und Tablet Computer Geräte der klassischen Unterhaltungselektronik und der digitalen Consumer Electronics wie den MP3-Player oder einfache Digicams", so Rohleder.

Für 2016 erwartet Bitkom für den Gesamtmarkt der ITK ein Wachstum um 1,5 Prozent auf 158,4 Milliarden Euro. Neben einem voraussichtlich schwächeren Geschäft mit PCs und Sättigungseffekten bei Endgeräten der Telekommunikation sorge vor allem der „VW-Effekt" für Unsicherheit bei IT-Dienstleistern und Softwareanbietern. „Nicht nur die Automobilhersteller der Volkswagen-Gruppe sind aktuell zurückhaltend, die Unsicherheit setzt sich über Wettbewerber und Zulieferer fort und endet bei Städten und Gemeinden, die stark auf Steuereinnahmen der Autoindustrie angewiesen sind", so Rohleder. *(PR/BITKOM e.V.)*

Anzahl erfolgreicher Cyber-Angriffe steigt

58 Prozent der Unternehmen und Behörden waren in den vergangenen zwei Jahren Ziel von Cyber-Angriffen. In nahezu der Hälfte (42 Prozent) der Fälle waren die Angreifer erfolgreich. Im Vergleich zum Vorjahr steigt die Rate um 8 Prozentpunkte. Den betroffenen Unternehmen entstanden Schäden durch Betriebs- bzw. Produktionsausfälle und Kosten für die Wiederherstellung der betroffenen Systeme.

Bereits zum zweiten Mal führte das BSI mit Unterstützung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom), des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), der Gesellschaft für Informatik e.V. (GI), des Bundesverbandes der IT-Anwender e.V. (VOICE), des Verbandes deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) und des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI), die Cyber-Sicherheits-Umfrage durch.

Die Fortschreibung der Zahlen aus dem Vorjahr zeigt, dass die Cyber-Sicherheitslage für Unternehmen und Behörden weiter angespannt bleibt.

Nach wie vor sehen sich Organisationen aller Branchen und Größenordnungen einer breiten Palette von Cyber-Angriffen ausgesetzt. Dabei sind neben der nach wie vor weit verbreiteten klassischen Infektion durch ungezielt verbreitete Schadsoftware (72 Prozent) längst auch gezieltere Angriffsformen (21 Prozent) fester Bestandteil der Bedrohungslandschaft.

Eine effektive Verteidigungsstrategie setzt dabei das strukturierte, planvolle Vorgehen bei der Umsetzung von Schutzmaßnahmen im Rahmen eines Informations-Sicherheits-Managements voraus. Es ermöglicht, häufige Ursachen für IT-Sicherheitsvorfälle wie unbeabsichtigte Fehlhandlungen durch Mitarbeiter (54 Prozent) oder unstrukturiertes Patchmanagement (35 Prozent) nachhaltig durch entsprechende Awareness-Maßnahmen, Prozesse oder technische Lösungen zu reduzieren und erzielte Erfolge zu prüfen. Dennoch etabliert derzeit nur jedes dritte (31 Prozent) Unternehmen ein entsprechendes System (ISMS). Ein weiteres Drittel der Unternehmen gab immerhin an, die Einführung eines ISMS zu planen.

Cyber-Sicherheits-Umfrage 2015

Die Befragung wurde als Online-Umfrage mit 18 geschlossenen Fragen im Auftrag des BSI durch die Secumedia GmbH mit technischer Unterstützung durch die OTARIS GmbH von Juni bis September 2015 realisiert. Dem BSI wurden anonymisierte Antworten im Rahmen der Umfrage übermittelt.

Ziel der Umfrage ist es, Informationen zur subjektiven Gefährdungssituation und zu durchgeführten Schutzmaßnahmen und Best-Practices aus Sicht der potenziell von Cyber-Angriffen betroffenen Unternehmen, Behörden und Institutionen zu erhalten. Die Ergebnisse der Umfrage fließen in die Erstellung und Pflege eines Lagebilds der Cyber-Sicherheit in Deutschland ein. Die kompletten Ergebnisse der Umfrage können unter www.cybersicherheitsumfrage.de bezogen werden.

Die Allianz für Cyber-Sicherheit ist eine Initiative des BSI, die 2012 in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) gegründet wurde. Die Allianz hat das Ziel, die Cyber-Sicherheit in Deutschland zu erhöhen und die Widerstandsfähigkeit des Standortes Deutschland gegenüber Cyber-Angriffen zu stärken. Sie richtet sich vorrangig an Unternehmen und Behörden, darüber hinaus aber auch an sonstige Institutionen und Organisationen in Deutschland. Interessenten haben die Möglichkeit, sich in verschiedenen Rollen als Teilnehmer, Partner oder Multiplikator an der Allianz beteiligen. *(PR/BSI)*

Vor 20 Jahren im SPLITTER

CeBIT HOME kommt zum richtigen Zeitpunkt

In der SPLITTER-Ausgabe 1/1996 berichtete die Redaktion über die erstmals stattfindende CeBIT HOME ELECTRONICS-Messe in Hannover.

„Die CeBIT HOME ELECTRONICS, die erstmals vom 28. August bis zum 1. September 1996 auf dem hannoverschen Messegelände stattfindet, kommt zum richtigen Zeitpunkt. Die Elektronik erfaßt immer mehr Bereiche des Lebens. Multimedia, das Wort des Jahres 1995, signalisiert das Zusammenwachsen von Bereichen, die bisher getrennt waren. Die Unterhaltungselektronik, bisher vorwiegend im Freizeitbereich angesiedelt, wird zunehmend durch Elemente ergänzt, die bisher das Arbeitsleben bestimmten. Es gibt kaum noch einen Arbeitsplatz, an dem nicht ein PC steht. Nur wird der Monitor des PC künftig nicht allein elektronische Daten anzeigen, sondern neben seiner Arbeitsplatzfunktion gleichzeitig auch Fernseher, Videogerät, Schaufenster, Bankschalter, Videotelefon, CD-Player und Fotoalbum sein. Der heute schon verkabelte und vernetzte Haushalt, die schnurlosen Handys werden, wie die wenigen Stichworte bereits zeigen, durch viele neue Felder ergänzt. Von virtuellen Realitäten und Welten ist bereits die Rede. Datenautobahnen, Cyberspace und Pay-TV gehören heute bereits fast zur Alltagssprache.

Das Heranwachsen von multimedialen Anwendungen und Wünschen verlangt – wie sich jetzt deutlich bestätigt – auch ein neues Messeangebot. Die CeBIT HOME ist die erste Messe, die die Kommunikations- und Informationstechnologien sowie die Unterhaltungselektronik komplett und umfassend darstellt. Bisher präsentierten sich die einzelnen Produktsegmente entweder für den I+K-Bereich auf der CeBIT, für die Unterhaltungselektronik auf der Funkausstellung in Berlin, für den Bereich Film und Video auf der photokina in Köln und auf zahlreichen kleineren Spezialmessen für Netzwerke, Software und Computerspiele im In- und Ausland. Die CeBIT HOME ist die Messe, die all diese Bereiche erstmals zusammenführt.

750 Aussteller werden Ende August die Angebotsschwerpunkte Informationstechnik/Netzwerke, Unterhaltungselektronik und Medien, Telekommunikation, Services, Online-Dienste vorstellen. Hinzu kommen Sonderveranstaltungen, die die Themen, die im Augenblick von besonderer Relevanz sind, vertiefen, wie z.B. Multimedia, Dolby Surround, Internet, T-Online, Video Digital, World of CD-ROM, interaktives Lernen.

Insgesamt werden zur CeBIT HOME rund 150.000 Besucher aus allen Bereichen, d.h. Handel, SOHO-Markt und private Endanwender erwartet. Die Deutsche Messe AG erhofft sich damit auf der Besucherseite eine spürbare Entlastung der CeBIT im März."

(aus SPLITTER 1/1996, Seite 55)

CeBIT HOME kommt zum richtigen Zeitpunkt

750 Aussteller präsentieren das Zusammenwachsen von Informations- und Kommunikationstechnik mit der Unterhaltungselektronik

Die CeBIT HOME ELECTRONICS, die erstmals vom 28. August bis zum 1.

darstellt. Bisher pr
einzelnen Produkt
den I+K-Bereich
Unterhaltungs
ausstellung in
Film und Video
Köln und auf z
Spezialmessen für
und Compute
land. Die CeI
die all diese b
menführt.

Ausblick

Ausgabe 2/2016 des SPLITTER erscheint am 15. Juli 2016.

Ihre Artikel aus dem Feld der Verwaltungs-IT nehmen wir gerne bis zum 3. Juni 2016 entgegen. Sie erreichen die SPLITTER-Redaktion unter splitter@itdz-berlin.de